

LOGBUCH ÖFFENTLICHES CORONA-RECHT

ALLGEMEINES	1
AUSGANGSBESCHRÄNKUNGEN, KONTAKTVERBOTE SOWIE SONSTIGE GE- UND VERBOTE.....	2
Dokumente	2
Literatur.....	16
VERSAMMLUNGSRECHT	18
Dokumente	18
Literatur.....	20
GRUNDGESETZ UND (PANDEMIE-)NOTSTAND.....	20
Dokumente	20
Literatur.....	23
ARBEITSFÄHIGKEIT VON PARLAMENTEN, WAHLEN	25
Dokumente	25
Literatur.....	25
SONSTIGES ÖFFENTLICHES RECHT UND CORONA	26
DATENSCHUTZRECHT	27
GRENZKONTROLLEN / UNIONSRECHT	28
Dokumente	28
Literatur.....	28
RECHTSVERGLEICHUNG UND VÖLKERRECHT.....	29
Rechtsvergleichung	29
Völkerrecht.....	31
REZENTE LITERATUR ZU NOTSTAND UND AUSNAHMEZUSTAND.....	32
ETHIK/SOZIALPHILOSOPHIE	32

ALLGEMEINES

- einführendes [Video](#) zum Infektionsschutzrecht von JunProf. Dr. Anika Klafki (Jena).
- [Robert-Koch-Institut](#), [John-Hopkins-Universität](#), private [Website](#) zu Corona-Zahlen
- Übersicht über Verabschiedung und Änderungen von (Bundes-)Gesetzen bei [juris](#)
- Cilip, Bürgerrechte & Polizei, Corona-Epidemie: [Tagebuch](#) der Inneren Sicherheit
- [Lex Corona](#) - Übersicht über Allgemeinverfügungen und Verordnungen im Zusammenhang mit COVID-19; s. auch thematisch geordnet [Gerichtsentscheidungen](#)
- [DeJure](#) – Übersicht über Gesetze und Gerichtsentscheidungen (sortiert nach Gerichtstyp) mit Corona-Bezug

- [Leopoldina](#). Nationale Akademie der Wissenschaften, Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden, Dritte Ad-hoc-Stellungnahme, 13.4.2020.

AUSGANGSBESCHRÄNKUNGEN, KONTAKTVERBOTE SOWIE SONSTIGE GE- UND VERBOTE

Dokumente

- *BUNDESREGIERUNG*
 - [Übersichtsseite](#) der Bundesregierung
 - [Muster-Verordnung](#) zur Quarantänemaßnahmen für Ein- und Rückreisende zur Bekämpfung des Coronavirus, 8.4.2020; entsprechender [Bußgeldkatalog](#).
 - [Beschluss](#) des „Corona-Kabinetts zu Einreisen nach Deutschland, 6.4.2020 (2-wöchige Quarantäne für Heimkehrer:innen; Ausnahmen u.a. für Pendelnde)
 - [Leitlinien](#) zur Beschränkung sozialer Kontakte, 22.3.2020 (Ansammlungen von mehr als zwei Personen, ausgenommen Angehörige des eigenen Haushalts und Partner:innen; Gruppen feiernder Personen in der Öffentlichkeit und privat werden aufgelöst).
 - [Strategiepapier](#) "Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen" (Diskussion von Szenarien und Strategien)
- Maßnahmen zumeist gestützt v. auf [§ 28 Abs. 1 Satz 1 u. 2 IfSG](#): "Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in den §§ 29 bis 31 genannten, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Unter den Voraussetzungen von Satz 1 kann die zuständige Behörde Veranstaltungen oder sonstige Ansammlungen einer größeren Anzahl von Menschen beschränken oder verbieten und Badeanstalten oder in § 33 genannte Gemeinschaftseinrichtungen oder Teile davon schließen; sie kann auch Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte nicht zu betreten, bis die notwendigen Schutzmaßnahmen durchgeführt worden sind."
- [SCHLESWIG-HOLSTEIN](#):
 - Übersichtsseite von [openjur.de](#) für Rechtsakte.
 - Entscheidungen
 - [VG Schleswig \(beck-online-Meldung\)](#), 8.4.2020, 1 B 28/20 (Verkauf v. Grillgut aus mobilen Verkaufsständen weiterhin verboten; Eilantrag erfolglos; kein zulässiger Einzelhandelsbetrieb oder Außerhausverkauf nach VO; mobile Verkaufsstätten sind geeignet unerwünschte Ansammlungen hervorzurufen; Unterschied zu Gaststätten: telefonische Bestellung möglich; zeitl. Befristeter schwerwiegender Eingriff in Art. 12 GG gerechtfertigt).

- VG Schleswig, 3.4.2020, [1 B 35/20](#) (gewichtige Anhaltspunkte für Rm. d. Kontaktbeschränkung; notwendige Schutzmaßnahme nach § 28 IfSG; Verbot so auszulegen, dass es nicht für Angehörige des eigenen Haushalts gilt, Form der Allg.verf. gem. § 106 II LVwG wohl i.O. - bestimmter Personenkreis + Einzelfall; trotz schwerer Eingriff u. der nicht abschließenden Rm.-Bewertung geht Gesundheitsschutz vor).
- OVG SH, 2.4.2020 ([PM](#)), 3 MB 11/20 (Allg.verf. d. Landkreises Nordfriesland zum Verbot d. Zweitwohnsitznutzung u. entsprechender Anreise; Beschwerde erfolglos; nicht dargelegt, warum es unerlässlich ist, Zweitwohnsitz in St. Peter Ordnung zu nutzen und nicht Erstwohnsitz in HH; außerdem Gesundheitsversorgung nicht auf (zusätzliche) tausende Zweitwohnsitznutzer:innen ausgelegt).
- OVG SH, 2.4.2020 ([PM](#)), 2 MB 8/20 (weil Allg.Verf = Dauer-VA --> Änderung d. § 28 I IfSG zu berücksichtigen; Eingriff in Art. 11 I u. Art. 14 GG durch Zweitwohnsitznutzungsverbot, aber nur zu touristischen Zwecken, daher abgemildert).
- VG Schleswig, 1.4.2020, [1 B 32/20](#) (Kontaktbeschränkungen haben RGL und sind notwendige Schutzmaßnahmen).
- VG Schleswig, 1.4.2020, [1 B 34/20](#) (Eilantrag auf Feststellung, dass Zugang zu Insel Fehmarn zu Arbeiten an eigener Motoryacht rm. ist und Allg.verf., die das verhindert, keine Anwendung findet; wegen mögl. Strafbarkeit Antrag gem. § 123 VWGO zulässig - Eilbedürftigkeit liegt vor); aber private Arbeiten kein zwingender Ausnahmegrund für Personen ohne Erstwohnsitz; Kapazität d. Intensivmedizin auf Insel begrenzt).
- VG Schleswig, 27.3.2020, [1 B 29/20](#) (Eilverfahren, keine offensichtliche Rv. der Allgemeinverfügung; jedenfalls für Übergangszeit hinzunehmen, weil Alternative "Systemversagen staatlicher Daseinsvorsorge" noch weiter entfernt von der Rechtslage; nur jedes WE am Zweitwohnsitz zu verbringen kein zwingender Grund)
- VG Schleswig, 27.3.2020, [1 B 31/20](#) (Verlagerung von Familienleben und Home-Office an Zweitwohnung = touristischer Zweck, da keine zwingenden Gründe, jdfs. auch Erholungszwecke "die ihnen nur die Besonderheiten der Landschaft und Natur am Nebenwohnsitz ermöglichen" (Rn. 7ff.); Antragstellern steht Hauptwohnsitz zur Verfügung; bei Wahrnehmung von Präsenzterminen besteht Virus-einschleppungsgefahr)
- VG Schleswig, 26.3.2020, [1 B 30/20](#) ([PM](#)) - Eilantrag gegen Nebenwohnungs-Nutzungsverbot zu touristischen/freiheits-Zwecken im Kreis Nordfriesland erfolglos; Verfügung nicht von vornherein rm./rw. - RGL jdfs. deswegen anzuwenden, weil anderer Zustand noch weiter von der Verfassung entfernt wäre; öff. Interesse an Abwehr von Gesundheitsgefahren und Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung überwiegt Interesse, Nebenwohnung uneingeschränkt nutzen zu können.

- VG Schleswig, 22.3.2020, 1 B 10, 11, 12, 13, 14/20 ([PM](#)) - Eilantrag gegen Nebenwohnungs-Nutzungsverbot der Kreise [Ostholstein](#) und [Nordfriesland](#) abgelehnt; nicht von vornherein rw./rm. - Interessenabwägung ergibt Überwiegen des öffentlichen Interesses an der Abwehr von Gefahren für Gesundheit der Bevölkerung und Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgung der Bevölkerung; s. auch VG Schleswig, 22.3.2020, 1 B 17/20 - juris.
 - [SARS-CoV-2-Bekämpfungsverordnung](#) v. 2.4.2020 (tritt am 19.4.2020 außer Kraft; eher Kontaktverbot als Ausgangsbeschränkung; Schließung zahlreicher Einrichtungen); [Positivliste](#) zur SARS-CoV-2-Bekämpfungs-VO v. 6.4.2020; [Bußgeldkatalog](#) für Verstöße gegen Corona-Regelungen, 3.4.2020
 - Schleswig-Holstein lockert Zweitwohnungsregelung, s. [hier](#) (Landkreise überarbeiten ihre Anordnungen - aus triftigen Gründen kann man in Zweitwohnungen verbleiben, nach Abreise aber nicht mehr zurückkehren)
 - [SARS-CoV-2-Bekämpfungsverordnung](#) v. 23.3.2020 (Untersagung verschiedener Betriebe, Veranstaltungen, Einrichtungen u. Aufenthalt in SH zu touristischen Zwecken; Ausnahme für bestimmte Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, z.B. Gesundheitshandwerk, gestützt auf [§ 32 InfSG](#))
 - [Erlass](#) von Allgemeinverfügungen zum Verbot und zur Beschränkung von Kontakten in besonderen öffentlichen Bereichen, 2.4.2020, Geltung bis zum 19.4.2020 (weitgehende Betretungsverbote für Kitas, Schulen u. Behindertenwerkstätten, Schließung von Hochschulen)
 - [Erlass](#) zum kommunalen Sitzungsdienst, 16.3.2020 (§ 28 IfSG zielt nicht auf durch Art. 28 Abs. 2 GG garantierte Veranstaltungen ab; Empfehlung zur Reduktion und gesundheitlichen Sicherung des Sitzungsbetriebs)
 - [Landesverordnung](#) zu Corona (17.3.2020) und Sammlung von Allgemeinverfügungen (insbes. [Erlass](#) von Allgemeinverfügungen zum Verbot und zur Beschränkung von Kontakten in besonderen öffentlichen Bereichen v. 20.3.2020 - u.a. Untersagung aller öff. Veranstaltungen mit Ausnahme derjenigen zur Aufrechterhaltung der öff. Sicherheit u. Ordnung, Demonstrationen im Einzelfall sowie aller privater Veranstaltungen und Ansammlungen im öff. Raum über 5 Personen (Ausnahme: Verwandtschaftsverhältnisse ersten Grades; Geltung: bis zum 19.4.2020); Einstellung des Hochschulbetriebs) und sonstigen Corona-Erlassen.
- *BADEN-WÜRTTEMBERG*
 - [Corona-VO](#) v. 17.3.2020 i.d.F. v. 28.3.2020.
 - [Verordnung](#) der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen, 17.3.2020 (u.a. Verbot von Versammlungen und Veranstaltungen). [Geplant](#): Verbot von Gruppenbildungen von mehr als drei Personen auf öffentlichen Plätzen (mit Ausnahme von Menschen, die zusammenleben).

- Stadt Freiburg, [Allgemeinverfügung](#) über ein Betretungsverbot für öffentliche Orte, 20.3.2020 (Ausnahme für Einzelpersonen, Betretungen zu zweit oder mit Personen des gemeinsamen Haushalts; mit ausführlicher Begründung).
- Entscheidung
 - VGH Mannheim ([beck-online-Meldung](#)), 9.4.2020, 1 S 925/20 (Verstoß gg. Parlamentsvorbehalt angesichts erhebl. Tiefe d. Eingriffs in Berufsfreiheit ohne Ausweichmöglichkeit nicht auszuschließen, aber kein deutl. Überwiegen der Antragsbelange, ein Fitnessstudio offenzuhalten).
 - VGH Mannheim ([juris-Meldung](#)), 7.4.2020, 1 S 871/20 (unzulässiger Eilantrag gegen Verbot in Kirchen - Anwaltszwang nicht beachtet).
 - [VerfGH BW](#), 31.3.2020, 1 GR 21/20 (kein Anspruch einzelner Abgeordneter auf Einberufung des LT; einem 1/4 d. LT oder Reg vorbehalten; Absage von Sitzungen verletzt Abgeordnetenrecht nicht).
 - VG Freiburg (Breisgau), 25.3.2020, [4 K 1246/20](#) (kein Rechtsschutzbedürfnis gegen Allgemeinverfügung, da neue Corona-VO in Kraft getreten; aber Betretungsverbot auch materiell rm.; Generalklausel erfasst auch Allgemeinverfügung; vhm. angesichts v. Ausnahmen u. Befristung)
 - VG Stuttgart, 14.3.2020, [16 K 1466/20](#) (Eilantrag gescheitert: Verbot von Late-Night-Shopping wegen hoher Ansteckungsgefahr bei einer Vielzahl von Teilnehmer:innen; gestützt auf § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG)
- *BAYERN*
 - [Bayerische Infektionsschutzmaßnahmen-VO](#), 27.3.2020 (Veranstaltungs- und Versammlungsverbot; Betriebsuntersagungen).
 - Bayerisches Infektionsschutzgesetz am 25.3.2020 [beschlossen](#) (bei Gesundheitsnotstand Anordnungen in Hinsicht auf Material und Personal möglich; Ergänzung des Bundes-IfSG); Entwurf v. 17.3.2020, [LT-Drs. 18/6945](#) noch ohne Briefwahlregelung und ohne Befristung.
 - [Bayerische Verordnung](#) über eine vorläufige Ausgangsbeschränkung anlässlich der Corona-Pandemie, 24.3.2020; [Bußgeldkatalog](#) v. 27.3.2020.
 - Bayerisches Gesundheitsministerium
 - 27.3.2020, [Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung](#).
 - 20.3.2020, [Allgemeinverfügung](#): Vorläufige Ausgangsbeschränkung (Verlassen der eigenen Wohnung nur bei triftigen Gründen)
 - 16.3.2020, [Allgemeinverfügung](#), Veranstaltungsverbote und Betriebsuntersagungen anlässlich der Corona-Pandemie
 - 19.3.2020, [Allgemeinverfügung](#), Verschiebung von Behandlungen in Krankenhäusern;
 - Bayerisches Innenministerium
 - [Feststellung](#) des Katastrophenfalls gem. Art. 4 des [BayKSG](#)
 - Landratsamt Tirschenreuth (Bayern), [Allgemeinverfügung](#), 18.3.2020 (Ausgangssperre mit Ausnahmen für 2 Wochen)
 - Entscheidungen

- [VGH München \(PM\)](#), 9.4.2020, 20 NE 20.704 (Eilantrag gg. VO, soweit Besuch v. Gottesdiensten nicht möglich sind, erfolglos, weil Erzbistum selbst keine Gottesdienste abhält; im Einzelfall Ausnahmegenehmigungen denkbar).
 - VGH München, 30.3.2020, [20 CS 20.611](#) (Anordnung zur Schließung von Geschäften per Allgemeinverfügung nach summarischer Prüfung rm.; personale Allgemeinverfügung: an alle Geschäftsinhaber; wegen Eilbedürftigkeit ordnungsgemäß öff. bekannt gemacht; RGL=§ 28 I 1 IfSG=notwendige Schutzmaßnahme; vhm.: Verbot dient der Unterbrechung von Infektionsketten; weiterhin interner Geschäftsbetrieb u. Online-Handel gestattet; aber: bei Verlängerung vertiefte Prüf- und Rechtfertigungspflicht)
 - [VGH München](#), 30.3.2020, 20 NE 20.632 (Eilantrag gem. [§ 47 VI VwGO](#); RGL f. vorläufige Ausgangsbeschränkung nicht zu beanstanden - kein Verstoß gegen Bestimmtheitsgebot v. Art. 80 I 2 GG, jdfs. in neuer Fassung; gerechtfertigte GR-Einschränkungen; Reduktion physischer u. sozialer Kontakte nur "programmatische(r) Appell"; aber laufende Überprüfungspflicht des Ordnungsgebers).
 - BayVerfGH, 27.3.2020, [Vf. 6-VII-20 \(PM\)](#) - Ablehnung des Eilantrags (durch Präsidenten des VerfGH) im Zusammenhang mit einer Popularklage gegen bayerische Maßnahmen; Abwägung aufgrund der Doppelhypothese - partiell irreversible Eingriffe v. Gefahr der Ansteckung; Bedeutung von Leben und Gesundheit "der möglicherweise Gefährdeten" überwiegt.
 - VG München ([PM](#)), 24.3.2020, [M 26 S 20.1252](#) u. [M 26 S 20.1255](#) (Ausgangsbeschränkungen v. 20.3.2020 (nur!) zugunsten zweier Personen vorläufig außer Kraft gesetzt: Freistaat hätte VO statt VA wählen müssen, da nicht alle Merkmale eines VA vorliegen - da an alle Personen im Freistaat gerichtet, kein bestimmbarer Personenkreis u. kein abgegrenzter SV; außerdem Verletzung des Zitiergebots, Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG, weil GR-Eingriff in Art. 11 GG vorliegt).
 - VG München ([PM](#)), 20.3.2020, M 26 E. 20.1209 u. M 26 S 20.1222 (Eilanträge gegen Schließung von Einzelhandelsgeschäften erfolglos; Untersagung vhm.).
 - VG Bayreuth, 11.3.2020, [B 7 S 20.223](#) (Eilantrag gg. Betreuungsverbot für Kinder, die zuvor in einem ausl. Krisengebiet sich aufgehalten haben; Antragsbefugnis (+): zwar Urlaub in Südtirol unwahrscheinlich, aber Allg.Verf. trifft künftige Urlaube; RGL: § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG; vhm.; nicht ermessensfehlerhaft, dt. Risikogebiete einzubeziehen, weil ausl. Gebiete besonderes Urlaubsziel von bayr. Touristen sei und nicht der Landkreis Heinsberg)
-
- *BERLIN*

- [SARS-CoV-2-Eindämmungs-VO](#), 2.4.2020 (Konkretisierung der Verbote: z.B. explizit Erholungspausen gestattet; Grillverbot; Parks u. Grünanlagen können gesperrt werden zur Vermeidung von Überfüllung; Ausweispflicht gestrichen).
- [SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung](#), Zusammenfassung nach Änderung v. 22.3.2020 (u.a. Verbot v. öff. wie nichtöff. Veranstaltungen mit Ausnahme für Parlaments- und Regierungsbetrieb; für Einrichtungen der Aufrechterhaltung d. öff. Sicherheit; für zwingende private Veranstaltungen von nicht mehr als 10 Personen z.B. Trauerfeiern; für Personennahverkehr; Versammlungen bis zu 20 Teilnehmenden unter freiem Himmel im Ausnahmefall; dazu kommen Kontaktbeschränkungen (kürzer befristet als andere Maßnahmen) - Aufenthalt ist auf Wohnung zu beschränken; Ausnahme f. bestimmte Gründe: z.B. Besch bei Ehe/Lebenspartner:innen; Sport- und Bewegungsfreiheit nur mit Angehörigen des Haushalts oder mit 1 Person; ohne Gruppenbildung; stille Einkehr in religiösen Einrichtungen; persönliche Hilfeleistungen; mit Ausweispflicht; in d. Öffentlichkeit möglichst 1,5 m Abstand zu anderen Personen einzuhalten)
- zuvor: [Verordnung](#) über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARSCoV-2, 17.3.2020 (Verbot von Veranstaltungen über 50 Personen, Ausnahme für Parlamentsbetrieb), geändert durch [Zweite Verordnung](#) zur Änderung der SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung v. 21.3.2020 (u.a. Verbot von Veranstaltungen/Ansammlungen von über 10 Personen; Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Personen, abgesehen von Haushaltsangehörigen u. Partner:innen; Angebot durch Restaurants inkl. Shisha-Bars v. Speisen u. Getränke nur zur Abholung).
- Bezirksamt Neukölln: Verbot von Aufenthalt auf Spielplätzen durch [Allgemeinverfügung](#), 20.3.2020
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf (Amtsärztin): [Sperrung](#) von Spielplätzen, 20.3.2020.
- Entscheidungen
 - [OVG Berlin-Brandenburg \(PM\)](#), 8.4.2020, OVG 11 S 20/20 (Wahrnehmung v. Terminen in Anwaltskanzlei nur bei dringend erforderl. Terminen rm.; Einschränkung vhm. Angesichts hohen Rangs der entgegenstehenden Rechtsgüter; Klarstellung, dass Glaubhaftmachung keine hohen Anforderungen stellt).
 - OVG Berlin-Brandenburg ([PM](#)), 8.4.2020, OVG 11 S 21.20 (Eilantrag gg. Corona-VO, die Besuch von religiösen Einrichtungen nur zur stillen Einkehr erlaubt, erfolglos; kein Gottesdienst m. bis zu 50 Teilnehmenden möglich; Einschränkungen vhm.).
 - VG Berlin ([PM](#)), 7.4.2020, 14 L 32/20 (Eilantrag gegen Untersagung von Gottesdiensten mit max. 50 Personen und Sicherheitsabstand erfolglos; Kernbereich der Religionsfreiheit nicht berührt; elektronische Übertragung möglich; Bericht [LTO](#) sowie in der [SZ](#) v. 5.4.2020.
 - VG Berlin ([juris-Meldung](#)), 3.4.2020, 14 L 35.20 (Marktstand mit Keksausstechformen, Spielwaren u. Seife muss geschlossen bleiben;

entspricht nicht Wochenmarktstand, der 50% Sortiment wie Lebensmittelläden aufweist)

- [VG Berlin](#), 14 L 31/20, 2.4.2020 (Feststellungsantrag gg. Bestimmungen von Corona-VO zulässig, die Glaubhaftmachung dringend erforderlicher anwaltl. Termine bestimmt; aber unbegründet; niedrighschwellige Glaubhaftmachung (wie Ort und Zeit); daher keine erheb. Berufsfreiheitseinschränkung); außerdem überwiegt Gesundheitsschutz); zuvor bewusst herbeigeführte Unzulässigkeitsentscheidung vor OVG Berlin-Brandenburg, 30.3.2020, 11 S 13/20 - da keine Überprüfungsmöglichkeit gem. § 47 I Nr. 2 VwGO); Bericht bei [LTO](#).

- **BRANDENBURG**

- [Entwurf](#) (d. SPD-, CDU, GRÜNEN-Fraktionen) eines Gesetzes zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der brandenburgischen Kommunen in außergewöhnlicher Notlage, 1.4.2020, LT-Drs. 7/991 (Befugnis d. Innenministers von Normen d. Kommunalverfassung durch RVO Abweichung von diesen Normen zuzulassen)
- [SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung](#) v. 22.3. i.d.F. v. 31.3.2020 (kein Nachweis mehr für dringende Termine bei Rechtsanwälten mehr erforderlich).
- [SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung](#), 22.3.2020.
- [SARSCov-2-Eindämmungsverordnung](#), 17.3.2020 (u.a. Ansammlungen etc. von mehr als 50 Personen verboten)
- Entscheidungen
 - OVG Berlin-Brandenburg ([juris-Meldung](#)), 11 S 15.20, 11 S 16.20, 7.4.2020 (Gewährung der Anreise zu touristischen Zwecken in Landkreis Ostprignitz-Ruppin rm.; Beschwerde des Landkreises gegen E v. VG Potsdam zurückgewiesen; Landes-VO lässt grds. keinen Raum für Ergänzung durch Landkreis; ungünstigere medizinische Versorgungskapazitäten als in anderen Landesteilen nicht erkennbar).
 - OVG Berlin-Brandenburg ([Beck-Online-Meldung](#)), 3.4.2020, OVG 11 S 14/20 (Eilantrag gg. Einschränkungen des Besuchsrechts in Pflegeheimen gescheitert; vhm., im Rahmen des Beurteilungsspielraums des VO-Gebers; Ausnahmeregelung für nächste Angehörige von Schwerstkranken nach ärztl. Genehmigung nicht zu unbestimmt).
 - VG Potsdam, ([PM](#)) 1.4.2020, 6 L 302/20, 6 L 308/20 (Eilanträge gegen Anreise zur Nutzung von Zweitwohnungen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (Allgemeinverfügung v. 27.3.2020) aus touristischen Zwecken **erfolgreich**; neue RGL zitiert Art. 11 GG; nicht erforderlich: keine Kollabierung des Gesundheitssystem bis Ablauf der Allg.verf. absehbar (bei 12 Infizierten von 100000 E); Zusammenhang zwischen Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und Nutzung von Nebenwohnungen nicht ersichtlich; Beherbungen von Touristen ohnehin untersagt)

- OVG Berlin-Brandenburg, 23.3.2020, OVG 11 S 12.20 (Eilantrag gegen Eindämmungs-VO erfolglos - Regelung vhm.) - [PM](#).
- *BREMEN*
 - [Übersicht](#)
 - [Allgemeinverfügung](#) über das Verbot von Veranstaltungen, Zusammenkünften und der Öffnung bestimmter Betriebe zur Eindämmung des Coronavirus, 23.3.2020.
 - [Allgemeinverfügung](#) über das Verbot von Veranstaltungen etc. zur Eindämmung des Coronavirus, 17.3.2020 (Veranstaltungen und Menschenansammlungen verboten; Demonstrationen gem. Art. 8 GG ausgenommen)
 - Entscheidung
 - [OVG Bremen \(juris-Meldung\)](#), 9.4.2020, 1 B 97/20 (Eilantrag eines Autohauses gg. Einzelhandelsschließung erfolglos; Befristung; Abmilderung durch Soforthilfen; Evaluierungspflicht)
 - VG Bremen ([juris-Meldung](#)), 3.4.2020, 5 V 604/20 (Eilantrag gg. Schließung eines Fliesenmarktes erfolglos; nicht breites Sortiment wie Baumärkte, die für Material für unaufschiebbare Reparaturen geöffnet bleiben dürfen).
 - VG Bremen, 27.3.2020, [5 V 553/20](#) (Eilantrag erfolglos, da Verfügung rm.; gegen Ladenöffnungsverbot schließt Sonderpostenmärkte, die nur zu einem geringen Anteil Lebensmittel und Getränke verkaufen, ein; Generalklausel = taugl. RGL, zumindest für unvorhergesehene Lagen in einer Übergangszeit; vhm.: Beschränkung des Angebots nicht gleich geeignet).
 - VG Bremen, 20.3.2020, [5 V 533/20](#) (Eilantrag gegen Errichtung einer Anlaufpraxis abgelehnt: geringfügiges Risiko der Steigerung des Infektionsrisikos zumutbar; gestützt jdFs. auf [§ 16 Abs. 1 IfSG](#)).
- *HAMBURG*
 - [Allgemeinverfügung](#) zur Eindämmung des Coronavirus, 22.3.2020.
 - [Allgemeinverfügung](#) zur Eindämmung des Coronavirus, 16.3.2020.
 - [Übersicht](#)
 - Entscheidungen
 - [VG Hamburg](#), 1.4.2020, 21 E 1509/20 (Eilantrag gg. Mindestabstandsgebot durch Allg.verf erfolglos; in Form d. Allg.verf. grds. möglich; dafür sprechen Anlassbezogenheit u. zeitl. Befristung; flexibler Maßstab bei Rechtsform angesichts d. Gefährdungsgrades der Corona-Pandemie - somit keine offensichtl. Rw.; hinreichend bestimmt; Gesundheitsschutz überragend wichtiges Gemeinschaftsgut; zum mündl. Examen kann sich Referendar ohne (übermäßigen) Aufenthalt an öff. Orten vorbereiten).
 - [VG Hamburg](#), 27.3.2020, 14 E 1428/20 (Eilantrag gg. Untersagung eines Trampolinparks erfolglos; RGL=§ 28 I IfSG; Form der Allg.verfgg. zulässig, weil Personenkreis der Sport- u. Freizeiteinrichtungen bestimmbar; vhm.; Beschränkung der Besucherzahl + Desinfektion von Geräten nicht gleich

wirksam; wegen betriebswirtschaftl. Kalkulation wahrscheinlich auch nicht milder).

- OVG Hamburg, 26.3.2020, [5 Bs 48/20](#) (Betreiberin eines E-Zigaretten-Geschäfts erfolglos gegen Allgemeinverfügung zur Eindämmung des Corona-Virus; keine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung zu Geschäften, die geöffnet bleiben dürfen; Schutz der Gesundheit überwiegt wirtschaftl. Interessen).

- *HESSEN*

- [Dritte Verordnung](#) zur Bekämpfung des Corona-Virus, 14.3.2020 - aktualisierte Lesefassung (Kontaktbeschränkungen).
- [Vierte Verordnung](#) zur Bekämpfung des Corona-Virus, 17.3.2020 (Schließung von Einrichtungen etc.).
- [Fünfte Verordnung](#) zur Bekämpfung des Corona-Virus, 16.3.2020 (Aussetzung von nicht notwendigen Krankenhausbehandlungen).
- [Übersicht](#)
- Entscheidungen
 - VG Kassel ([juris-Meldung](#)), 9.4.2020, 5 L 666/20.KS (Frankfurt a.M. Ansässige können keine Ausnahme v. Ausgangsbeschränkungen für Bewässerung eines Gartengrundstücks in Twistetal in Anspruch nehmen; öff. Interesse an Gesundheit der Bevölkerung u. Gewährleistung d. Krankheitsversorgg. (Verweis auch auf Sozialstaatsprinzip) überwiegt; Nachbarn können aushelfen); ähnlich VG Kassel ([Juris-Meldung](#)), 9.4.2020, 5 L 661/20.KS (Nutzungsverbot für Zweitwohnungen).
 - VGH Kassel ([juris-Meldung](#)), 8.4.2020, 8 B 910/20.N (Corona-VO in summarischer Prüfung nicht außer Vollzug zu setzen; 1,50-Abstand gelte nicht für „bestimmte“ Orte – keine räuml. Begrenzung).
 - VGH Kassel ([juris-Meldung](#)), 8.4. 8 B 913/20.N (Eilantrag gg. VO zur Außervollzugsetzung d. Untersagung des Betriebs v. Fitnessstudios erfolglos; RGL i.O.; vhm.)
 - VGH Kassel, 7.4.2020, 8 B 892/20.N (Eilantrag gegen Untersagung von Gottesdiensten erfolglos; konkurrierende Güter mit Verfassungsrang hier Gesundheit; Bericht in der [LTO](#)).
 - [VG Wiesbaden](#), 30.3.2020, 6 L 342/20.WI (kein Anspruch auf Aussetzung der Abiturprüfungen: hygienische Abstände werden vorgenommen; nicht anders, wenn sich einzelne nicht daran halten).

- *MECKLENBURG-VORPOMMERN*

- [Dritte SARS-CoV-2-Bekämpfungsverordnung](#), 23.3.2020.
- [Verordnung](#) über Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus, 17.3.2020.
- Entscheidungen

- OVG Greifswald ([PM](#)), 9.4.2020, 2 KM 268/20 OVG und 2 KM 281/20 OVG (Eilantrag gg. § 4a Corona-VO erfolgreich, der tagestouristische Ausflüge von MV-Einwohnern zu Ostseeinseln und andere touristische Orte für die Osterfeiertage untersagt - Tenorbeschlüsse).
- OVG Greifswald ([PM](#)), 8.4.2020, 2 KM 236/20 OVG (Corona-VO nach summarischer Prüfung formell u. materiell rm.; gilt auch für Vorschriften die Glaubensausübung beschränken – Ausnahmevorschriften gelten auch für religiöse Zusammenkünfte unter freiem Himmel).

- *NIEDERSACHSEN*
 - Übersicht:
 - Niedersächsische [Verordnung](#) zur Beschränkung sozialer Kontakte anlässlich der Corona-Pandemie, 23.3.2020.
 - [Fachaufsichtliche Weisung](#) (Verbot von Inhouse-Gaststättenbetrieb), 20.3.2020.
 - Landkreis Aurich
 - [Allgemeinverfügung](#) zur Beschränkung der Nutzung einer Nebenwohnung, 20.3.2020 (Verbot der Nutzung einer Zweitwohnung mit Ausnahme zwingenden berufl. Interesses sowie aus ehe-, sorge- und betreuungsrechtlichen Gründen)
 - Entscheidung
 - [VG Hannover](#) ([PM](#)), 8.4.2020, 15 B 2112/20 (Eilantrag gg. Allg.verf. v. 17.3.2020, soweit religiöse Zusammenkünfte untersagt sind, erfolglos; kein Rechtsschutzbedürfnis wg. überholender VO; aber gleichwohl überragendes Interesse der Allgemeinheit an Schutz von Leben und Gesundheit).
 - VG Oldenburg ([juris-Meldung](#)), 8.4.2020 (Parkverbote für Wohnmobile in zwei Landkreisen voraussichtlich rm.; Art. 11 GG nicht verletzt – Ausweichmöglichkeiten auf andere Ziele möglich oder gar Verzicht)
 - VG Oldenburg, 31.3.2020, [7 B 709/20](#) (Verweis auf "Leitentscheidung" 7 B 721/20; Eilantrag erfolglos; keine Umstände für Unzumutbarkeit der Untersagung der Zweitwohnungsnutzung erkennbar).
 - VG Oldenburg ([PM](#)), 27.3.2020, [7 B 721/20](#) (Eilantrag gegen Zweitwohnungsnutzungsverbot erfolglos; private Interessen treten hinter Gesundheitsschutz zurück)
 - VG Göttingen, 20.3.2020, 4 B 56/20 ([PM](#)) - Eilantrag gegen Verbot privater Veranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmern wegen Ausrichtung eines runden Geburtstags gescheitert; Verfügung ist formell rm. sowie vhm - Verbot solcher größeren Veranstaltungen dient dazu, unkontrollierte Verbreitung des Virus einzudämmen; Interesse an Feier steht hinter Schutz menschl. Gesundheit zurück).

- *NORDRHEIN-WESTFALEN*

- [Gesetzentwurf](#) der Landesregierung, Infektionsschutz- und Befugnisgesetz (z.B. Sicherstellen von Material, Einsatzverpflichtung von heilkundlichem Personal; Beschlüsse im vereinfachten Verfahren f. Gemeinden u. Kreise; Änderungsbefugnis für Prüfungsordnungen für Schulen und Hochschulen)
 - Stellungnahmen von Rechtswissenschaftler:innen: [Charlotte Kreuter-Kirchhof](#), [Wolfgang Cremer](#), [Hinnerk Wißmann](#), [Christoph Gusy](#) (s. auch [LTO-Bericht](#)).
 - v.a. zu Indienstnahme v. Menschen mit heilkundl. Ausbildung - Maßstab entweder Art. 12 I od. 12 II GG; Bezug auf BVerfGE 47, 285 (319) ([beck-online](#)), bei berufl. Nebenpflichten, z.B. ärztl. Notfalldienst an Art. 12 I GG zu messen; bei der Erforderlichkeit werden freiwillige Maßnahme wie ein Register diskutiert; s. auch [BVerfGE 74, 102 \(120\)](#).
 - zur Abweichung von Gesetzen durch VO-Geber (Gewaltenteilung)
 - zu Gesetzgebungskompetenz: Sperrwirkung durch neue bundesgesetzl. Vorschriften gem. Art. [74 I Nr. 19](#), [72 I](#) GG.
 - zu Befristung des Pandemiefalls, des Gesetzes und der angeordneten Maßnahmen
 - Evaluation wird angemahnt
 - Protokoll der Ausschuss-Sitzung v. 6.4.2020 [hier](#).
- [Coronaschutz-VO](#), 22.3.2020, in der [Fassung v. 30.3.2020](#) (gestützt auf §§ 32, 28 Abs. 1 Satz 1 u. 2 IfSG; Verbot v. öff. Veranstaltungen, vieler Betriebe - 1 Person/10qm Ladenfläche; Untersagung v. Zusammenkünften/Ansammlungen i. d. Öffentlichkeit v. mehr als 2 Personen; Ausnahme für Verwandte gerader Linie, Ehegatten, Lebenspartner:innen u. Haushaltsangehörige, andere zwingende Gründe; Untersagung von Picknicken und Grillen; generelle Betretungsverbote im Einzelfall möglich; tritt am 20.4.2020 außer Kraft); [Bußgeldkatalog](#) zur Coronaschutz-VO, 23.3.2020.
- Arbeits- und Gesundheitsministerium: [Ergänzung](#) zu [Erlass](#) v. 15.3.2020 an Bezirksregierungen, 17.3.2020 (Spielplätze geschlossen; Veranstaltungen grds. zu untersagen).
- Dortmund: [Allgemeinverfügung](#), 20.3.2020 (Verbot von Ansammlungen über 4 Personen; Picknick-, Grill- und Shishaverbot im öff. Raum).
- Entscheidung
 - VerfGH NRW ([PM](#)), VerfGH 32/20.VB-1 und VerfGH 33/20.VB-2, 6.4.2020 (Vb. gegen Corona-Schutz-VO (v.a. gg. Aufenthaltsbeschränkungen i. öff. Raum) unzulässig; zunächst fachgerichtl. Rechtsschutz durch Normenkontrolle vor OVG zu suchen).
 - OVG Münster ([PM](#)), 6.4.2020, 13 B 398/20.NE (Eilantrag gegen Schließung von Einzelhandelsgeschäften erfolglos; Antragsteller Ladengeschäft für Haushaltswaren und Geschenkartikel im Tiefpreissegment; Berufsfreiheit trete gegenüber Gesundheitsschutz zurück; Eingriffsintensität gesenkt, weil Versandhandel und Abhol-/Bringverkauf möglich seien; befristete Maßnahme; fortwährende Beobachtungs- und Überprüfungspflicht).
 - VG Aachen ([Beck-Online News](#)), 3.4.2020, 7 L 259/20 (Eilantrag erfolgreich; Weinhändler darf wieder öffnen; Betriebsschließung nicht von VO gedeckt;

da "Lebensmittel" nicht nur der Grundversorgung der Bevölkerung dienende Lebensmittel sind).

- VG Minden ([PM](#)), 2.4.2020, 7 L 272/20 (zunächst Eilantrag einer Hundesalonbetreiberin am 31.3.2020 abgelehnt; nun Beschluss zu Gunsten der Antragstellerin abgeändert; Untersagung des Betriebs trotz kontaktreduzierender Maßnahmen des Salons; Klarstellung der Antragsgegnerin - nur Hinweis auf Corona-VO, keine Schließungsanordnung bezweckt; nun überwiegt Interesse der Antragstellerin; nach VO v. 30.3.2020 Betrieb nicht generell untersagt; für örtl. Anordnungen konkrete Gefahr erforderlich, § 13 S. 2 Corona-VO - daher hier keine rm. Anordnung erfolgt).
- VG Köln ([PM](#)), 23.3.2020, [7 L 510/20](#) u.a. (zahlreiche Eilanträge von Betreibern von Spielhallen gg. ein Verbot dieser nicht erfolgreich - Spielhallen sind Orte mit hohem soz. Kontakt und daher Ansteckungsgefahr; Abstände zw. Spielgeräten u. deren Desinfektion nicht ausreichend, um Ansteckungsgefahr zu reduzieren; wirtschaftl. Interesse steht hinter öff. Gesundheitsschutz zurück; außerdem finanz. Hilfen geplant)
- [VG Düsseldorf](#), 20.3.2020, 7 L 575/20 (kommunale Allgemeinverfügung zur Kontaktreduzierung rm., zur Risikominimierung erforderlich; wirtschaftl. Interessen von Spielhallenbetreibern berücksichtigt; Spielhallen kein Teil der Daseinsvorsorge)
- [VG Minden](#), 12.3.2020, 7 L 212/20 (Untersagung einer großen Veranstaltung angesichts von Corona vhm.).

- *RHEINLAND-PFALZ*

- [Dritte Corona-Bekämpfungsverordnung](#), 23.2.2020.
- [Zweite Corona-Bekämpfungsverordnung](#), 20.3.2020 (u.a. Verbot von Ansammlungen von mehr als 5 Personen)

- *SAARLAND*

- Landesregierung
 - [Verordnung](#) zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, 30.3.2020 ("übliche" Einschränkungen; Präsenz-Hochschulbetrieb bis 4.5.2020 ausgesetzt); dazu [Bußgeldkatalog](#).
- Sozialministerium
 - [Allgemeinverfügung](#), Vorläufige Ausgangsbeschränkung anlässlich der Corona-Pandemie, 20.3.2020.
 - [Allgemeinverfügung](#), Veranstaltungsverbote und Betriebsuntersagungen, 16.3.2020.

- [Allgemeinverfügung](#), Anpassung der Allgemeinverfügungen vom 16.03.2020 und vom 20.03.2020, 25.3.2020 (u.a. Klarstellung der RGL).
- [Allgemeinverfügung](#), 16.3.2020 (Verbot von Ansammlungen und Veranstaltungen über 5 Personen mit Ausnahme von privaten Feiern)

- *SACHSEN*
 - Sozialministerium
 - Corona-Schutz-Verordnung, [31.3.2020](#) (kein Verlassen d. häuslichen Unterkunft ohne triftigen Grund; Gründe abschließend aufgezählt (kein "insbesondere"); gleichzeitig, Allgemeinverfügung v. 22.3. zu Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie - Verbot von Veranstaltungen, überarbeitet).
 - [Allgemeinverfügung](#): Verbot von Veranstaltungen, 31.3.2020 (Ausnahmen für bestimmte öff. Einrichtungen, Geschäfte für Gegenstände des tägl. Bedarfs); [Anlage](#) mit Hygieneanforderungen.
 - [Allgemeinverfügung](#), 22.3.2020 (Ausgangsverbot ohne triftige Gründe: Beerdigung; Sport u. Bewegung nur im Umfeld des Wohnbereichs, aber nur allein oder mit Begleitung von Partner:in oder Angehörigen des eigenen Hausstands u. Begrenzung auf 5 Personen);
 - [Allgemeinverfügung](#), Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Verbot von Veranstaltungen, 20.3.2020;
 - [Allgemeinverfügung](#), 18.3.2020 (Veranstaltungsverbot mit Ausnahmen für öff. Einrichtungen; Ausnahmeanträge möglich; Ausnahme für private Veranstaltungen bis 100 Personen).
 - [SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung](#), 17.3.2020 (u.a. Verbot von Ansammlungen von mehr als 50 Personen); [Begründung](#).
 - [Überblick](#)
 - Entscheidungen
 - VG Leipzig ([juris-Meldung](#)), 9.4.2020, 7 L 192/20 (Krankenhaus (Anstalt ö.R.) kann werdendem Vater Zugang zu Kreißsaal verwehren; Zutrittsverbot vhm.; Schutzkleidung begrenzt; Test nicht zuverlässig für Zeitpunkt der Geburt; elementar wichtiges öff. Interesse an Aufrechterhaltung eines funktionierenden Krankenhausbetriebs)
 - OVG Bautzen ([PM](#)), 7.4.2020, 3 B 111/20 (Eilantrag gegen Corona-VO und Unbestimmtheit von Sport und Bewegung im Freien "vorrangig im Umfeld des Wohnbereichs" und "nur im Ausnahmefall" mit einer weiteren nicht dem eigenen Haushalt angehörigen Person; sowie für Ausnahmen von Autofahren und Genesenen erfolglos - Genesene schlecht zu identifizieren und massenhafter Kfz-Verkehr kann wieder zu Kontakten führen; Umfeld: über pol. Gemeinde hinaus; nicht ohne ÖPNV oder KfZ zu erreichen, ca. 10-15 km)
 - VG Dresden ([Beck-Online News](#)), 1.4.2020, 6 L 224/20 (kein Rechtsschutzbedürfnis für Klage auf Schließung der eigenen

Rehabilitationsordnung; Einrichtung könne selbst diese Entscheidung treffen).

- [VG Dresden](#), 30.3.2020, 6 L 220/20 (Maßnahmen zum Infektionsschutz geeignet und vhm.; Form der Allgemeinverfügung zulässig).

- *SACHSEN-ANHALT*

- Landesregierung
 - [2. SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung](#), 24.3.2020.
- Arbeits- und Sozialministerium
 - Ausgangsbeschränkung anlässlich der COVID-19 Pandemie, [Allgemeinverfügung](#), 22.3.2020.
- [SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung](#), 17.3.2020 (u.a. Verbot von Ansammlungen von mehr als 50 Personen); [Begründung](#).
- Arbeits- und Sozialministerium: [Erlass](#) zur Schließung von Beherbergungsstätten, 19.3.2020.

- *THÜRINGEN*

- Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsministerium:
 - Thüringer [SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung](#) v. 26.3.2020.
 - [Erlass](#) über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 an Landkreise/kreisfreie Städte, 19.3.2020 (u.a. Verbot von Ansammlungen etc. mit Ausnahmen für Demonstrationen; Veranstaltungen zur Aufrechterhaltung der öff. Sicherheit u. Ordnung u. Bevölkerungsversorgung u.Ä.; strikte Einschränkungen für Trauerfeiern u. Hochzeiten)
- Landrätin Ilmkreis, [Allgemeinverfügung](#), 22.3.2020 (Anordnung der totalen (!) Quarantäne für Ortschaft Neustandt am Rennsteig der Landgemeinde Stadt Großbreitenbach für gesamte Bevölkerung, die sich in den letzten 14 Tagen dort aufgehalten hat, d.h. Personen müssen auch zurückkehren, um sich in Quarantäne zu begeben - Ausnahme für medizinisches Personal und Einkäufe von symptomfreien Personen, befristet bis zum 5.4.2020).
- Entscheidungen
 - OVG Weimar ([juris-Meldung](#)), 8.4.2020, 3 EO 245/20 (Betriebsschließungen f. Fitnessstudios gelten weiter; überragendes Gemeinwohlinteresse an Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems; verstärkter Ausstoß von Aerosolen in Studios; Abmilderung durch Befristung u. Hilfsmaßnahmen; Evaluierungspflicht).
 - OVG Weimar ([juris-Meldung](#)), 7.4.2020, 3 EO 236/20 (Androhung m. Zwangsgeld gg. Ladenbesitzer, der Ladengeschäft nicht schloss, rw.; Allgemeinverfügung durch Landes-VO ersetzt; Lebensmittel nicht auf Grundbedarf beschränkt - Ladengeschäft verkauft u.a. alk. Getränke, Kaffee, Tee, Gebäck, Feinkost)

- VG Gera, (3.4.2020?), 3 E 432/20 Ge (Eilantrag gegen Mundschutzpflicht (in Geschäften, Bussen, Bahnen, später Ausweitung auf z.B. Arbeitsstätten) erfolglos: noch vhm., da kein zertifizierter Mundschutz verlangt werde; auch z.B. Schals erlaubt; fortlaufende Überprüfungspflicht).

Literatur

- N. Grosche, Staatliche Krisenreaktionen und die unteilbare Umwelt für den Grundrechtsgebrauch, 13.4.2020, [Verfassungsblog](#) (affirmativer u. skeptischer Reaktionstyp v. Staat gg.über konnektivitätsaufgeladenem Grundrechtsgebrauch; Mischtypen wahrscheinlich; Reaktion bei Individuen – Konkurrenzstellung möglich).
- C.M. Hofmann, Verhältnismäßigkeit mit der Holzhammermethode, 13.4.2020, [Verfassungsblog](#).
- S. Rixen, Gesundheitsschutz in der Coronavirus-Krise – Die (Neu-)Regelungen des Infektionsschutzgesetzes, NJW 2020, 1097 ([beck-online](#)) (infektionsschutzrechtl. Generalklausel verfassungsgemäß; bundesrechtl. VO-Ermächtigungen aber rechtsstaatlich bedenklich).
- L. Bohnsack, Kann man einen Landkreis abriegeln? – Zur Rechtmäßigkeit von Maßnahmen gegen Zweitwohnungsbesitzer während der Corona-Pandemie, 9.4.2020, [JuWissBlog](#) (Darstellung aktueller Fälle; bei Zusammenhang des Verbots mit Überlastung des Krankenhaussystems wohl vhm.).
- A. Guckelberger, Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote anlässlich der Corona-Pandemie, NVwZ-Extra 9a 2020, 1-15.
- P. Bender, Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz gegen Gottesdienstverbote durch Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus, NVwZ-Extra 9b 2020, 1-6.
- A. Fischer, "Einige Corona-Beschränkungen sind unverhältnismäßig", Interview mit Uwe Volkmann, 3.4.2020, [hessenschau](#).
- N. Ziegler, Freiheit durch Rechtsformenwahl? – Verwaltungsrechtliche Rechtsformenlehre und verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz in der Corona-Krise, 3.4.2020, [JuWissBlog](#) (Unterschiede Rechtsnorm (VO) und Allgemeinverfügung, materielle Voraussetzungen, Rechtsschutz, Verkündung).
- L. Amhaouach, Im Kampf gegen Covid-19: Neues Epidemiegesetz für NRW, 1.4.2020, [JuWissBlog](#) (Kritik des Gesetzentwurfs, v.a. hinsichtlich verfassungsrechtlicher Zulässigkeit).
- S. Pschorr, „§ 28 Absatz 1 wurde aus Gründen der Normenklarheit angepasst.“ – Die Konsequenzen der Adhoc-Reform des § 28 Abs. 1 IfSG für das Strafrecht, 1.4.2020, [JuWissBlog](#) (Anforderungen aus Art. 103 Abs. 2 GG an Strafbarkeit für Ausgangssperren und Kontaktverbot ggf. nicht erfüllt; Gesetzesanpassung wegen unterschiedlicher Verweise auf RGL § 18 I 1 oder 2 IfSG widersprüchlich: eingriffstiefere Maßnahmen (Ausgangssperre) nun zu Ordnungswidrigkeit ([§ 74 Ia Nr. 6 IfSG](#)) herabgestuft; daher Strafbarkeit ([§ 75 I Nr. 1 IfSG](#)) für mildere Maßnahme (Kontaktverbot) verfassungswidrig).

- U. Volkmann, Das höchste Gut, 1.4.2020, FAZ, S. 12 ([paywall](#) - nicht Leben höchstes Gut und damit auch kein totaler Schutz vor Krankheit und Tod der derzeit höchste Zweck "der Wahl", sondern Leben in Würde als Maßstab für derzeitige Maßnahmen).
- R. Hotstegs, Rechtsschutz in der Krise, 31.3.2020, [LTO](#) (v.a. Bericht über Normenkontrollverfahren vor OVG NRW; fragt nach Vorbehalt des Gesetzes für NRW-Corona-VO).
- J. Fährmann/C. Arzt/H. Aden, Ausweispflicht per Corona-Verordnung, 29.3.2020, [Verfassungsblog](#) (in Berlin und Sachsen-Anhalt; nicht von RGL der Corona-Regelungen gedeckt; Zweck-Mittel-Verhältnis zweifelhaft).
- R. Lehner, Rausgehen erlaubt. Aber bitte nicht liegen!, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Kontaktbeschränkung erweisen sich als Ausgangsbeschränkungen, fast bundesweit; Allgemeinverfügungsmerkmale fraglich, aber Verkündungsproblem von Verordnungen in vielen Bundesländern - nicht außerhalb der Gesetzesblätter möglich).
- S. Erb, In Bewegung bleiben, 27.3.2020, [taz.de](#) (Überblick).
- R. Kirchner, Das Verbot von Hamsterkäufen durch Allgemeinverfügung, 26.3.2020, [JuWissBlog](#) (am Bsp. eines VA der Stadt Frankfurt a.M.; Adressaten: Geschäfte; Abstands- und Personendichteregeln in Geschäften, auch für Kassen; Abgabe der Waren in haushaltsüblichem Umfang; Diskussion der RGL u.a. [§ 6 Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz](#); vertretbar 1 Einkaufswagen/Kunde).
- A. Klafki, Neue Rechtsgrundlagen im Kampf gegen Covid-19, 25.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion der geplanten Änderungen des IfSG: begrüßt pandemische Maßnahmen größtenteils - plädiert aber für Sonderregelungen für weitreichende GR-Eingriffe bei pandemischen Notstand sowie für Befristung der Änderungen).
- J. Bethge, Ausgangssperre, 24.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Generalklausel § 28 IfSG jdfs. übergangsweise zulässige RGL; entspricht Intentionen des Gesetzgebers; andere seuchenpolizeiliche Standardmaßnahmen ebenfalls eingriffsintensiv; erhöhte Gefahr senkt Wahrscheinlichkeitsmaßstab für Heranziehung von Verantwortlichen)
- A. Kießling, Rechtssicherheit und Rechtsklarheit bei Ausgangssperren & Co? Zur geplanten minimalinvasiven Änderung des § 28 I IfSG, 24.3.2020, [JuWissBlog](#) (Diskussion der geplanten Änderung von § 28 Abs. 1 IfSG: offene Fragen zu bestimmten Maßnahmen u. Vhm.).
- A. Thiele, Rauswurf aus der Zweitwohnung, 22.3.2020, [Verfassungsblog](#) (keine RGL in § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG; iÜ unverhältnismäßig).
- H. Ruschemeier/S.D. Peters, Allein im öffentlichen Raum, 22.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion verschiedener Maßnahmen und RGL; meistens vhm.; Vorzug von Kontaktverboten gegenüber Ausgangssperren).
- Gesellschaft für Freiheitsrechte, [FAQ](#): SARS-CoV-2 / Covid-19 und Grundrechte, 22.3.2020.
- N. Härting, Corona: Nur kritische Fragen sind alternativlos, [CR-Online.de Blog](#) (kritische Diskussion von RGL u. Vhm.).
- C. Rath u.a., Das härteste Mittel, 20.3.2020, [taz.de](#) (Überblick und Diskussion zu neuen Beschränkungen).

- T. Kingreen, Whatever it Takes?, 20.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion der RGL v. § 28 und 32 - VO-Ermächtigung ggf. weiter, weil auch Freizügigkeit eingeschränkt werden kann; Vhm. verlangt zeitl. Beschränkung).
- A. Thiele, Im Katastrophenfall geht das, 20.3.2020, [LTO](#) (RGL in Katastrophenschutzgesetzen der Länder; im Katastrophenfall kein Problem der Bestimmtheit von Generalklauseln).
 - Das wäre dann [§ 1 Abs. 2 Satz 2 LKatsG SH](#): "Die Katastrophenschutzbehörde hat zu diesem Zweck die Maßnahmen zu treffen, die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlich sind."
- F Kalschauer, Grundgesetz und Ausgangssperre, 20.3.2020, [Beck-Community](#) (für Übergangszeitraum rw. RGL zulässig).
- A. Klafki, Corona-Pandemie: Ausgangssperre bald auch in Deutschland?, 18.3.2020, [JuWissBlog](#) (keine RGL im IfSG, nur kurzfristige Schutzmaßnahmen möglich).
- A. Kießling, Ausgangssperren wegen Corona nun auch in Deutschland (?), 19.3.2020, [JuWissBlog](#) (keine RGL, aber offen für Betretungsverbote gestützt auf Generalklauseln, unverhältnismäßig, Benachteiligung von Kindern).
- A. Edenharter, Freiheitsrechte Ade, 19.3.2020, [Verfassungsblog](#) (keine RGL; unverhältnismäßig; keine allg. sicherheitsrechtl. Befugnisnormen einschlägig).

VERSAMMLUNGSRECHT

Dokumente

- Schleswig-Holstein
 - [Video](#) zu Demos in Flensburg und Kiel (25.3.2020)
- sonstige Praxis
 - [Pressebericht](#) zu Versammlung u. Auflösung durch Polizei in Göttingen am 5.4.
 - [Versammlung](#) in HH-Wilhelmsburg, 5.4.2020, mit Abstandseinhaltung u. folgendem Polizeieinsatz
 - 2 Versammlungen gegen Atomtransporte mit 15 Teilnehmenden u. 1,50 m Abstand sowie Mundschutz genehmigt (Münster u. Gronau), s. [Deutschlandfunk](#), 5.4.2020.
 - Versuch einer innovativen Protestform am Brandenburger Tor in Berlin; passierte aber auch an anderen Orten (Leavenoonebehind) - v. Polizei aufgelöst - s. [Video](#); s. auch Menschenkette mit zwei Meter Abstand in Frankfurt ([Pressebericht](#)).
- *Entscheidungen*
 - [BVerfG](#), 10.4.2020, 1 BvQ 26/20 (Eilantrag auf 1. Feststellung der GG-Gefährdung aller Corona-VOen aller BL; 2. auf Außervollzugsetzung aller Corona-VOen; 2. auf Feststellung der Zulässigkeit einer Versammlung gem. Art. 8 II u. 20 IV GG erfolglos; 1.: unzulässig, weil Vb. nur auf Verletzung subj. Verfassungsgüter gerichtet sein kann; 2. Nicht substantiiert im Hinblick auf Subsidiarität; Selbstbetroffenheit; 3. Unsubstantiiert: unvollständiger SV u. Subsidiarität); s. auch [BVerfG](#), 10.4.2020, 1 BvQ 30/20 (Bezugnahme auf Antragsbegründung einer anderen Antragstellerin i. anderem Verfahren genügt Darlegungsanforderungen nicht).

- VG Schwerin ([PM](#)), 11.4.2020, 15 B 487 u. 486/20 (u. Aufl. Eilantrag g. Versammlungsverbot d. Stadt unter Auflagen erfolgreich – stationär; begrenzte Teilnehmendenzahl; Erfassung der Daten d. Teilnehmenden; Abstand zw. Teilnehmenden (2m) u. zw. Versammlung u. Passanten (10m))
- VG Potsdam ([PM](#)), 9.4.2020, VG 3 L 350/20 (Anordnungsanspruch besteht wahrscheinlich nicht: auf Durchführung einer Versammlung; keine Sperrung durch Versammlungsrecht; RGL im IfSG; vhm. E; Einschätzungsspielraum d. VO-Gebers weil ungewisse Situation; fortwährende Evaluationspflicht; Unmöglichkeit der Überwachung d. Sicherheitsmaßnahmen; unsichere Einhaltungswahrscheinlichkeit).
- VG Schleswig ([juris-Meldung](#)), 4.4.2020, 3 B 30/20 (Versammlung m. 50 Personen in Lübeck darf nicht stattfinden; keine Beanspruchung einer Genehmigung über Eilrechtsschutz - Einhaltung von Infektionsschutzmaßnahmen bei typischerweise dynamischem Versammlungsgeschehen nicht möglich).
- G. Knödler, Virus killt Versammlungsfreiheit, 2.4.2020, [taz.de](#) (Überblick über verschiedene Verfahren).
- VG Neustadt an der Weinstraße ([PM](#)), 2.4.2020, 4 L 333/20.NW (Antrag gegen Untersagung einer 2-Personen-Demo erfolglos; mit Bollerwagen, 2 Schildern u. Beschallungsanlage u. Megafon zu Migrationspolitik, neue Weltordnung, Corona - keine Kontrolle über sich anschließende Personen und Gegendemo), Bericht bei [LTO](#).
- [VG Hamburg](#), 2.4.2020, 2 E 1550/20 (Kontaktbeschränkungen begründen Versammlungsverbot; abschließende Prüfung der Ermessensausübung hinsichtl. Versammlung zeitl. nicht mögl. im Eilverfahren; hohe Gefährdung spricht jedoch für Vhm. der Maßnahme; Zweifel an praktischer Durchführbarkeit (50 Personen, 2m Abstand an hochfrequentiertem Ort in Bahnhofsnahe zu Feierabendszeit; betont temporäre Aussetzung des Versammlungsrechts; Ausnahmegenehmigung nur nach Allg.verf. möglich, die aber nicht mehr gilt)
- [BVerfG](#), 1.4.2020, 1 BvR 742/20 (Eilantrag wegen fehlendem Rechtsschutzbedürfnis unzulässig, weil bei Antrag Demo-Zeit schon zu mehr als die Hälfte verstrichen; Vb. gegen Hessener Straßenbahn-Demo-Verbot)
- VGH Kassel ([juris-Meldung](#)), 1.4.2020, 2 B 925/20 (Untersagung der Versammlung nicht offensichtlich rechtswidrig; Gesundheitsschutz überwiegt; dynamisches Geschehen bei Aufzug durch Stadt mit nicht vorhersehbarer Anzahl von Menschen; Kontaktverbot zeitl. befristet)
- VG Gießen ([juris-Meldung](#)), 31.3.2020, 4 L 1332/20.GI (GR-Einschränkung angesichts infektiönsrechtl. Bedrohungslage gerechtfertigt; Aufzug=Verstoß gegen 3. Corona-VO (Kontaktbeschränkung im öff. Raum; Veranstalter könne nicht beeinflussen, ob wirklich nur 30 Teilnehmer:innen kämen oder nicht gar mehr und ob sich diese an die angedachten Abstände halten)
- [VG Hannover](#), 27.3.2020, 15 B 1968/20 (Eilantrag auf Aufhebung einer Allgemeinverfügung, soweit Zusammenkünfte im öff. Raum auf zwei Personen beschränkt werden; Gesundheitsschutz überwiegt Versammlungsfreiheit).
- [VG Dresden](#) ([PM](#)), 30.3.2020, 6 L 212/20 (Versammlungsverbot kann als landesweite Allgemeinverfügung erfolgen, gegen VG München, 24.3.2020, M 26 S 20.1252; auch Versammlung von nur sechs Personen kann unkontrollierte

Ansteckungen bewirken; durch Beteiligung von Dritten, nicht kontrollierbare An- und Abreise der Teilnehmenden; Gesundheitsschutz überwiegt)

- o [BVerfG](#), 20.3.2020, 1 BvR 661/20 - Eilantrag gg. Versammlungsverbot, Corona-Allgemeinverfügung und § 28 I 2 IfSG abgelehnt (Subsidiarität der Vb. nicht beachtet; Eilrechtsschutz vor Verwaltungsgerichten - auch in Corona-Zeiten vorrangig - zu suchen).

Literatur

- A. Harker/J. Deyda/K. Söker/L. Brandt, Versammlungsfreiheit in der Krise, 14.4.2020, [Verfassungsblog](#) (Kritik an weitgehender Einschränkung d. Versammlungsfreiheit; differenzierte Gefahrenprognose erforderlich; Vergleich mit Ausnahmen für andere Grundrechte z.B. Berufsfreiheit).
- [Greenpeace/Gesellschaft für Freiheitsrechte](#), Corona-Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft, 2020 (Argumente gegen Argumente für weitgehende Versammlungsbeschränkungen).
- A. Gutmann/N. Kohlmeier, Versammlungsfreiheit Corona-konform, 8.4.2020, [Verfassungsblog](#) (abstrakte Versammlungsverbote verfassungswidrig; verfassungskonforme Anwendung der Corona-Regelungen).
- C. Lecomte, Versammlungsgrundrecht in Corona-Zeiten durchsetzen, 7.4.2020, [Eichhörnchen l'écureuille](#) (Beispiele, wie Versammlungen trotz Verbots organisiert werden können, z.B. in dem „insbesondere“ für Ausnahmen vom Ansammlungsverbot genutzt wird und Versammlungen infektionsschützend organisiert werden, z.B. in [Demo-Bestätigung der Stadt Flensburg v. 25.3.2020](#); Lüneburg: erst [Anzeige](#), dann [Untersagung](#), dann [Ummeldung](#) (mit neuem Infektionsschutzansatz), dann [Bestätigung](#)).
- S. Martini/M. Plöse, Politische "Bewegung an der frischen Luft". Versammlungsermöglichung im gesperrten öffentlichen Raum, [Teil I](#), [Teil II](#), 31.3.2020 (Überblick über versammlungsbezogene Corona-Regelungen der Bundesländer - v.a. Totalverbote oder Erlaubnisvorbehalt; Lösungsansatz über versammlungsermöglichende Auslegung u. Ermessensausübung).

GRUNDGESETZ UND (PANDEMIE-)NOTSTAND

Dokumente

- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Staatsorganisation und § 5 Infektionsschutzgesetz, Ausarbeitung v. 2.4.2020, [WD 3 - 3000 - 080/20](#) (verfassungsrechtliche Zweifel an gesetzessubstituierendem Notverordnungsrecht des Gesundheitsministers (wohl zu weitgehend); Anordnungsrecht der Bundesebene widerspricht Art. 83 GG).

- Beschluss des Bundestages zur Überschreitung der Schuldenobergrenze gem. [Art. 115 Abs. 2 Satz 6 und 7 GG; angenommen](#) in namentlicher Abstimmung (Ablauf dargestellt bei Schäuble, Plenarprotokoll v. 25.3.2020, [19/154](#), S. 19140, 19148 ("Pulbkbildung ist unbedingt zu vermeiden.") - Ergebnis, angenommen mit 469 Ja-Stimmen, S. 19163; Entwurf der Fraktionen CDU/CSU u. SPD, 24.3.2020, [BT-Drs. 19/18108](#);
 - Art. 115 Abs. 2 Satz 6 GG: "Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden."
- Fraktionen von CDU/CSU u. SPD, Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, 24.3.2020, [BT-Drs. 19/18111](#) (BT stellt epidemische Lage fest - Änderung ggüber Reg-E); Bundesgesundheitsministerium: [Formulierungshilfe](#) für die Koalitionsfraktionen für einen Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, 23.3.2020 (Aufwertung des Robert-Koch-Instituts; "epidemische Lage von nationaler Tragweite" --> Empfehlungs-, Anordnungs- u. Verordnungsermächtigungen für Bundesgesundheitsministerium (auch ggüber Einzelpersonen, auch zur Außerkraftsetzung von gesetzl. Bestandteilen); Entschädigung (67%, gedeckelt) für Verdienstausschlag bei Schließung von Kitas und Schulen; baurechtliche Abweichungsbefugnis für Bau von Corona-Krankenhäusern); [Stand vom 20.3.2020 auf Frag-den-Staat.de](#) noch mit Zugriff auf Tel.ko.-Daten); Vorbericht: C. Rath, Spahns Pläne für die National-Epidemie, 22.3.2020, [LTO](#) (auch zu einem Gesundheitsnotstandsgesetz Bayerns, s. aber konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes gem. [Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 GG](#)).
 - § 28 Abs. 1 E-InfSG: "Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in den §§ 29 bis 31 genannten, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist; sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen *oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten*. Unter den Voraussetzungen von Satz 1 kann die zuständige Behörde Veranstaltungen oder sonstige Ansammlungen von Menschen beschränken oder verbieten und Badeanstalten oder in § 33 genannte Gemeinschaftseinrichtungen oder Teile davon schließen. Die Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes), der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 des Grundgesetzes), *der Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes)* und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) werden insoweit eingeschränkt." [Gestrichen wurde: "bis die notwendigen Schutzmaßnahmen durchgeführt worden sind" nach Betretungsuntersagung sowie "Eine Heilbehandlung darf nicht angeordnet werden."] --> Begründung: "Der Wortlaut des § 28 Absatz 1 wurde aus Gründen

der Normenklarheit angepasst." - klargestellt, dass nicht nur kurzfristige Maßnahme gestattet sind, sondern auch Betretungsverbote für öffentliche Orte und Betretungsbedingungen für bestimmte Orte

- *Entscheidungen*

- [BVerfG](#), 10.4.2020, 1 BvQ 31/20 (Eilantrag auf Abhaltung v. Gottesdiensten mit Sicherheitsmaßnahmen f. bis zu 50 Personen abgelehnt; Folgenabwägung zu Lasten v. Antragst.; überaus schwerwiegender Eingriff in Art. 4 GG, gerade über die Osterfeiertage; bei eA würden wohl auch andere Gottesdienste stattfinden = vorläufige Außervollzugsetzung der Berliner Corona-VO, weil diese keine Ausnahme vorsähe = erheb. Gefahrerhöhg. wg. Folgeinfektionen; bei Betreten u. Verlassen der Kirche u. Sprechen/Singen über 15 Min; Befristung; gilt auch f. andere Glaubensgemeinschaften, für die „gemeinsame Zusammenkunft ihrer Gläubigen ebenfalls zentraler Bestandteil ihres Glaubens ist“).
- [BVerfG](#), 10.4.2020, 1 BvQ 28/20 (Eilantrag auf Ermöglichung v. Gottesdiensten nach hess. Corona-VO erfolglos; irreversibl. Überaus schwerwiegender E v. Gefahren f. Leib u. Leben).
- [BVerfG](#), 9.4.2020, 1 BvR 802/20 (Eilantrag gg. Ausgangsbeschränkungen nach bayr. Corona-VO erfolglos; zwar Eingriff durch Rechtfertigungsdruck insbes. Für Alleinstehende, aber Ansteckungsgefahr u. Pflicht z. Gesundheitsschutz überwiegen).
- [PM](#) d. BVerfG 23/20 v. 8.4.2020 mit Zusammenfassung über COVID-19-Entscheidungen.
- [BVerfG](#), 7.4.2020, 1 BvR 755/20 (Eilantrag gg. bayr. Corona-VO erfolglos; zulässig, weil vorheriger fachgerichtl. Rechtsschutz unzumutbar/aussichtslos, da bayr. Gerichte identische Anträge abgewiesen haben; Folgenabwägung zulasten d. Bf.; nicht offensichtlich unbegründet; sehr weitgehende Einschränkungen v. Ansteckungsgefahr; aus Folgen einer Fortgeltung der "Schutzmaßnahmen" nicht derart "untragbar", dass sie ausnahmsweise außer Vollzug gesetzt werden müssten; strenger Maßstab im Eilrechtsschutz; Gefahr f. Leib u. Leben > Einschränkungen der persönlichen Freiheit (=befristet, m. Ausnahmen versehen u. Sanktionierung einzelfallabhängig)).
- [BVerfG](#), 1.4.2020, 1 BvR 714/20 (Eilantrag u. Vb. gegen Begrenzung der Kündigungsmöglichkeiten eines Mietverhältnisses unzulässig; Begründungsanforderungen nicht eingehalten; nicht dargelegt, wie Bf. aktuell und nicht potenziell von [Art. 240 § 2 EGBGB](#) betroffen ist)
- [BVerfG](#), 1.4.2020, 1 BvR 742/20 (Eilantrag wegen fehlendem Rechtsschutzbedürfnis unzulässig, weil bei Antrag Demo-Zeit schon zu mehr als die Hälfte verstrichen; Vb. gegen Hessener Straßenbahn-Demo-Verbot)
- [BVerfG](#), 1.4.2020, 2 BvR 571/20 (Eilantrag u. Vb. gegen Verhandlung im Strafverfahren (genauer: Ablehnung der Aufhebung zweier Hauptverhandlungstermine) erfolglos; entweder Subsidiarität nicht gewahrt oder unsubstantiiert, d.h. keine Auseinandersetzung mit Schutzvorkehrungen vor Ort, die Gesundheitsgefahren minimieren sollen).

- [BVerfG](#), 31.3.2020, 1 BvR 712/20 - Vb. u. Eilantrag gg. Berliner Corona-VO erfolglos, v.a. Subsidiarität nicht gewahrt, d.h. zunächst fachgerichtl. Rechtsschutz über negative Feststellungsklage zu suchen).
- [BVerfG](#), 20.3.2020, 1 BvR 661/20 - Eilantrag gg. Versammlungsverbot, Corona-Allgemeinverfügung und § 28 I 2 IfSG abgelehnt (Subsidiarität der Vb. nicht beachtet; Eilrechtsschutz vor Verwaltungsgerichten - auch in Corona-Zeiten vorrangig - zu suchen).
- [BVerfG](#), 19.3.2020, 2 BvR 474/20, Ablehnung von Vb.-Eilantrag wegen Fortsetzung von Gerichtsprozessen ab (Subsidiarität der Vb. nicht beachtet), s. auch Bericht in der [LTO](#); s. auch ähnlich gelagert [SächsVerfGH](#), 20.3.2020, 39-IV-20 (e.A.): Strafgerichte müssen Verhandlungen im Einzelfall adäquat organisieren, um Ansteckungsgefahr zu minimieren, z.B. durch Begrenzung der Termindauer und Teilnehmerzahl).
- Vereinbarung zwischen Bundesregierung und den Bundesländern, [Leitlinien](#) zum Kampf gegen die Corona-Epidemie, 16.3.2020

Literatur

- N. Härting, Zweck und Zweckbindung: Warum die Lockerung der Corona-Maßnahmen verfassungsrechtlich notwendig ist, 13.4.2020, [CRonline](#) (bei Zweck der Corona-Maßnahmen als Entlastung des Gesundheitssystems sind Lockerungen zwingend).
- C. Bäcker, Corona in Karlsruhe II, 8.4.2020, [Verfassungsblog](#) (vertretbare Folgenabwägung von [BVerfG](#); eingehende Prüfung in der Hauptsache zu erwarten; evidente Verf.widrigkeit bei RGL unter anderen Umständen u. dann Erfolg in der Eilsache zu erwarten gewesen).
- N. Harding, Und was würde das BVerfG sagen?, 8.4.2020, [JuWissBlog](#) (kritisiert BVerfG für das Nicht-Absehen von Zulässigkeitsvoraussetzungen gem. [§ 90 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG](#) wegen allgemeiner Bedeutung einer BVerfG-Entscheidung, die Rechtssicherheit erhöhen würde).
- O. Lepsius, Vom Niedergang grundrechtlicher Denkkategorien in der Corona-Pandemie, 6.4.2020, [Verfassungsblog](#) (kritisiert Unschärfe bei Zweckidentifikation, bei der Prüfung der anderen Vhm.-Kategorien wird alles zu stark einer Primitivkausalität unterlegt; teilweise kann über Wesensgehalt-Verletzung nachgedacht werden; außerdem Ungleichheiten erzeugt; "Der Rechtsstaat ist schwer beschmutzt.").
- E.R. Lautsch, In der Demokratie gibt es keinen Ausnahmezustand, 2.4.2020, [JuWissBlog](#) (diskutiert verschiedene Maßnahmen und plädiert für Rolle des Gesetzgebers).
- P. Thielbörger/B. Behlert, COVID-19 und das Grundgesetz: Neue Gedanken vor dem Hintergrund neuer Gesetze, 30.3.2020, [Verfassungsblog](#) (mahnen noch stärkere Maßnahmen für den Notstand, ggf. im Grundgesetz an, föderale Durchgriffsrechte, Verkleinerung des Parlaments, Grundrechtsbeschränkungen im Ausnahmezustand)
- M. Hong, Corona-Triage und Menschenwürde, 29.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Menschenwürde widerspricht konsequentialistischer Verrechnung und Abwägung, jedenfalls bei abwehrrechtlicher Dimension; bei

Schutzpflichten Dimension legitim, mit vorhanden Mitteln möglichst viele Menschen zu retten).

- M. Friehe, Freiheit in höchsten Nöten, 28.3.2020, [Verfassungsblog](#) ((Selbst-)Reflexion der empirischen Unsicherheit von Abwägungsschritten; Bedeutung demokratischer Verfahren).
- C. Möllers, Parlamentarische Selbstentmündigung im Zeichen des Virus, 26.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Kritik an Bestimmungen des neuen IfSG, die Bundesgesundheitsministerium Anordnungen gegenüber Einzelpersonen ermöglichen (Verstoß gegen [Art. 83 GG](#) - Vollzug durch Länder) sowie die Außerkraftsetzung von gesetzl. Bestimmungen durch VO-Recht (Verstoß gegen [Art. 80 Abs. 1 GG](#)); außerdem Kritik an VO-Verabschiedung ohne Bundesrat-Zustimmung und fehlender Rolle des Bundeskabinetts).
- K.F. Gärditz/F. Meinel, Unbegrenzte Ermächtigung?, [FAZ](#) (paywall) v. 26.3.2020, S. 6 (Kritik an gesetzvertretendem VO-Recht, das neue RGL im IfSG für Gesundheitsminister erlaubt).
- A. Kaufmann, Ist die Demokratie in Gefahr? Interview mit Prof. Christoph Möllers, 25.3.2020, [LTO](#) (Rundumschlag - wohl das meiste rechtsstaatlich grenzwertig, aber noch im Rahmen).
- A. Brade, "Additive" interferences with fundamental rights: Fighting Coronavirus at any price?, 25.3.2020, [JuWissBlog](#) (Diskussion der Corona-Maßnahmen als additiver GR-Eingriffe; gleichwohl wegen der Ausnahmen, der zeitlichen Begrenzung, des fachl. Einschätzungsspielraums und gewichtiger Rf.-Gründe verfassungsgemäß).
- C. Bäcker, Corona in Karlsruhe, 25.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Prognose: BVerfG wird viele Maßnahmen als nur (formell) unvereinbar mit dem GG erklären, ohne Nichtigkeitspostulat; materiell liegt die Einschätzung nah, dass Maßnahmen nicht evident unverhältnismäßig sind; rechtstheoretisch 'diskursiver Notstand' nur für kurze Zeit plausibel --> danach muss Parlament notwendige RGL schaffen).
- L. Friedrich, Freiheit auf Bewährung?, 23.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Staat muss sich für Freiheitseinschränkungen rechtfertigen und Freiheit gewährleisten; an Grundprinzipien muss erinnert werden).
- P.-T. Stoll, Private Impfstoffentwicklung und öffentliches Interesse, 19.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion von Zwangspatenten und privat-öff. Kooperationen).
- R. Lehner, Damit die Länder auch morgen noch kraftvoll zubeißen können, 19.3.2020, [Verfassungsblog](#) (auch zu föderalen Abstimmungsproblemen).
- P. Thielbörger/B. Behlert, COVID-19 und das Grundgesetz, 19.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Überblick über und Durchgang durch die Notstandsverfassung des GG).
- Redaktionsnetzwerk Deutschland, [Kampf](#) gegen Corona: Was an Einschränkungen noch möglich wäre, 18.3.2020 (mit Aussagen von Stephan Rixen).
- H.M. Heinig, Gottesdienstverbot auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes, 17.3.2020, [Verfassungsblog](#).
- A. Klafki, Coronavirus und Reformbedarf des "Pandemierechts", 5.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Kritik an föderaler Struktur; veralteten Notfallplänen).

- A. Kießling, Coronavirus, Masern und die Grundrechte, 2.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Verknüpfung mit Masern und traditionellen Maßnahmen - bevor alles richtig losging...).

ARBEITSFÄHIGKEIT VON PARLAMENTEN, WAHLEN

Dokumente

- Bundestag
 - neuer [§ 126a GO-BT](#), s. nur Abs. 1: "Der Bundestag ist abweichend von § 45 Absatz 1 beschlussfähig, wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist." (ansonsten parallele Regelung für Ausschüsse, dort allerdings Möglichkeit der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel; Befristung bis 30.9.2020; sowie neuer 6a in Anlage zu Genehmigung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen gegenüber Abgeordneten; Feststellung, dass Abgeordnete nicht an Mandatsausübung gehindert werden dürfen, s. [Art. 46 Abs. 3 GG](#)); s. auch Beschlussempfehlung, [BT-Drs. 19/18126](#) bis 25.3.2020.
- Bayern
 - Stichwahl der Kommunalwahlen am 29.3.2020 einmalig nur als Briefwahl durchgeführt; zunächst per Verfügung, nun mit landesgesetzlicher Grundlage mit [Art. 9a Nr. 2 im Landesinfektionsschutzgesetz](#), am 25.3. beschlossen

Literatur

- C. Hagenah, Das Corona-Virus und das Parlament – Die Stunde der Digitalisierung?, 26.3.2020, [JuWissBlog](#) (Öffentlichkeitsgrundsatz und Freiheit der Abgeordneten stehen digitale Plenarsitzung als Notlösung nicht entgegen; geheime Wahlen sind digital aber nicht per Videokonferenz durchführbar).
- F.J. Lindner, Wahlen in Zeiten von Corona Teil 2, 25.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Verpflichtung zur Briefwahl in bayerischer Kommunal(stich)wahl wohl noch verfassungsgemäß; Einschnitte bei der Öffentlichkeit der Wahl gerechtfertigt durch Ermöglichung hoher Wahlbeteiligung und Gesundheitsschutz).
- W. Michl, Die verfassungsrechtlichen Gefahren des social distancing im Bayerischen Landtag, 25.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Anwesenheitsquorum in Bayern anders zu betrachten als im Bund; verfassungsgenetisch mehrheitliche Anwesenheit vorausgesetzt, die wohl nicht (einfach) durch GO-Recht des Landtags modifiziert werden kann; daher Beschlüsse in Corona-Zeit formell verfassungsgefährdet).
- C. Möllers, Über den Schutz der Parlamente vor sich selbst in der Krise, 20.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Warnung vor parlamentarischer Selbstbeschneidung gerade in exekutivlastigen Zeiten).
- A. Gietl/F. Michl, Anordnung der Briefwahl rechtswidrig, 20.3.2020, [LTO](#) (rw. Anordnung der Briefwahl durch Allgemeinverfügung aufgrund IfSG; Gewaltenteilungsproblem; IfSG sticht nicht Landeswahlrecht; Gesetzesvorbehalt) - [hier](#) die Allgemeinverfügung v.

19.3.2020 (gestützt auf § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 IfSG) - keine Präsenzstimmabgabe möglich; Stichwahl nur als Briefwahl durchgeführt; Begründung, S. 4, unterstellt dass alle Wähler:innen Briefwahl bevorzugen). --> nun soll gesetzliche Grundlage geschaffen werden, s. L. Schnell, Landtag soll Gesetz nachbessern, damit die Stichwahl nicht anfechtbar ist, 22.3.2020, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de); Einzelheiten zur Durchführung der "totalen" Briefwahl [hier](#).

- A. Libal, Desperate times, desperate measures?, 18.3.2020, [JuWissBlog](#) (v.a. zum Gemeinsamen Ausschuss nach [Art. 53a GG](#); dann zu Einzelheiten s. Art. 115a ff. GG (Verteidigungsfall)).
- J.F. Lindner, Wahlen in Zeiten von Corona, 13.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Maßnahmen zur Sicherung der bay. Kommunalwahl).
- M. Friehe, Was heißt hier immun?, 11.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Polizeigewalt des BT-Präsidenten sticht (Landes-)Maßnahmen des Infektionsschutzes).

SONSTIGES ÖFFENTLICHES RECHT UND CORONA

- S. Dörrenbächer, Folgewirkungen der extensiven Auslegung des IfSG für Entschädigungsansprüche von Gewerbetreibenden – Zur Notwendigkeit eines entschädigungsrechtlichen Erst-Recht-Schlusses, 10.4.2020, [JuWissBlog](#) (erweiternde Auslegung der Entschädigungsansprüche im IfSG für Betriebsschließungen).
- H. Lorenz/M. Oğlakcioğlu, Keine Panik im Nebenstrafrecht – Zur Strafbarkeit wegen Verstößen gegen Sicherheitsmaßnahmen nach dem IfSG, [KriPoZ 2/2020](#).
- J. Peglau, Coronaschutzverordnung NW und Infektionsschutzgesetz - eine erste Betrachtung aus straf- bzw. bußgeldrechtlicher Sicht 8.4.2020, [jurisPR-StrfR 7/2020 Anm.1](#) (stellt Normenverweisungsgeflecht dar; Zweifel nur an einigen sanktionsbewehrten Pauschalverboten ohne Ausnahmehvorbehalt).
- C. Rath, Exportverbot, Beschlagnahme, Zwangsproduktion - was tun?, [LTO](#), 7.4.2020.
- Interview m. N. Härting, 6.4.2020, [LTO](#) (für Entschädigungspflicht für Betriebsschließungen, obwohl (noch) nicht im IfSG geregelt); dagegen F. Kalscheuer, Entschädigungsansprüche gegen den Staat: frohe Botschaft oder trügerische Hoffnung?, [Beck-Community Blog](#), 6.4.2020 (Ansprüche für rw. Handeln aus Amtshaftung od. enteignungsgleichem Eingriff (im Moment halten die Gerichte die Maßnahmen jedoch); enteignender Eingriff - keine atypische Folge, kein Sonderopfer; höchstens ausgleichspflichtige ISB denkbar).
- L. Giesberts/M. Gayger/P. Weyand, NVwZ 2020, 417 (Maßnahmen nach IfSG im Überblick, auch zur Grundrechtsrelevanz v. freiwilligen Maßnahmen; Entschädigungsregelungen; Außenwirtschafts- und Beihilfenrecht; Zugriff möglich über [beck-online](#)).
- T. Neumann, Handlungs(un)fähig? Kommunale Gemeindeorgane in einer Ausnahmesituation, 30.3.2020, [JuWissBlog](#) (Krisenstab kann Gemeindevertretung oder Gemeindeverstand nicht ersetzen; Diskussion von Öffentlichkeitspflichten; bespricht auch neue Eilkompetenzen von Ausschüssen gem. des Entwurfs eines (Hessischen) Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Entscheidungsfähigkeit und zur Verschiebung der Bürgermeisterwahlen, 23.3.2020, [Drs. 20/2591](#)).

- D. Uwer/N. Koschmieder, Zur Hilfe verpflichtet, 26.3.2020, [LTO](#) (Darstellung bayerischen Katastrophenschutzrechts, Diskussion des Verhältnisses zum spezielleren Infektionsschutzrecht).
- C. Ludwig, Übernahme-Untersagungen auf Basis der AWW: stumpfe Drohung oder scharfes Schwert?, 24.3.2020, [JuWissBlog](#) (de lege lata: Übernahmeverhinderung von z.B. CureVac schwierig).
- A. Kießling/A. Klafki, Fighting COVID 19 – Legal Powers and Risks Germany, 20.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Überblick in englischer Sprache).
- M. Cornils, Corona, entschädigungsrechtlich betrachtet, 13.3.2020, [Verfassungsblog](#) (wohl keine Aussicht auf Entschädigung aus [§ 65 IfSG](#) für Vermögensschäden aufgrund von Veranstaltungsverbieten - nur auf Vorsorgemaßnahmen gem. [§ 16 IfSG](#) und eigentumsähn. Ansprüche begrenzt; nicht analogiefähig; s. auch in den Kommentaren); s. auch Information zu Entschädigungsansprüchen bei [juris](#).
- H.H. Trute, Pandemien als potentiell globale Katastrophe, GSZ 2018, 125 (nicht digital verfügbar)
- D. Kraft/A. Dohmen, Rechtliche Aspekte einer Pandemie in Deutschland, PharmR 2008, 401-407 (sehr kurzer Überblick, Beck-Online)

DATENSCHUTZRECHT

- C. Docksey/C. Kuner, The Coronavirus Crisis and EU Adequacy Decisions for Data Transfers, 3.4.2020, [European Law Blog](#) (Angemessenheitsbeschlüsse der KOM und Drittstaaten im Zusammenhang mit Corona-Bekämpfungsmaßnahmen).
- D. Laufer, Polizei sammelt in mehreren Bundesländern Coronavirus-Listen, 2.4.2020, [netzpolitik.org](#) (pauschale Weitergabe von Gesundheitsämtern an Polizei kritisiert; konkrete Weitergabe bei infektionsschutzrechtlichen Quarantänemaßnahmen aber i.O.).
- T. Radtke, Im Dienste der Wissenschaft - Das Forschungsprivileg der DSGVO, 1.4.2020, [JuWissBlog](#) (diskutiert datenschutzrechtliche Zulässigkeit von Corona-Forschung).
- J. Abeler/M. Bäcker/U. Buermeyer, Corona-Tracking & Datenschutz: Kein notwendiger Widerspruch, 29.3.2020, [netzpolitik.org](#) (datenschutzfreundliche Ausgestaltung von Kontaktnachverfolgung durch dezentrale App per Bluetooth); s. auch U. Buermeyer/C. Thönnies, Was kann die geplante Corona-App?, 2.4.2020, [LTO](#).
- S. Bretthauer, Datenschutz versus Katastrophenschutz, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Darstellung rechtskonformer Auswertung von Standortdaten von Infizierten und Kontaktpersonen).
- C. Piltz/J. Zwerschke, Daten dürfen Leben retten, [LTO](#) (zur mehr oder weniger anonymisierten Verwendung von Handydaten und deren datenschutzrechtlichen Konformität).

GRENZKONTROLLEN / UNIONSRECHT

Dokumente

- Bundespolizei, [FAQ](#) (auch zur Pendlerbescheinigung)
- Mitteilung der Kommission, Hinweise an Mitgliedstaaten zu ausländischen Direktinvestitionen, 25.3.2020, [C\(2020\)1981 final](#) (Verhinderung von Übernahmen im Gesundheitssektor, die die Versorgung beeinträchtigen können).
- Mitteilung der Kommission zur Einrichtung von "Green Lanes" beim Gütertransport über Grenzen, 23.3.2020, [C\(2020\) 1897 final](#).
- Mitteilung der Kommission (und Bitte) an den Rat zur Aktivierung der "general escape clause" des Stabilitäts- und Wachstumspakts, 20.3.2020, [COM\(2020\) 123 final](#).
- Schlussfolgerungen des Präsidenten des Europäischen Rates, 17.3.2020, [164/20](#): "To limit the spread of the virus globally, we agreed to reinforce our external borders by applying a coordinated temporary restriction of non-essential travel to the EU for a period of 30 days"
- Europäische Kommission, Guidelines for border management measures to protect health and ensure the availability of goods and essential services, 16.3.2020, [C\(2020\) 1753 final](#)
- Bekanntmachung der Europäischen Kommission, COVID-19: Temporary Restriction on Non-Essential Travel to the EU, 16.3., [COM\(2020\) 115 final](#).
- Art. 6 Abs. 1 lit. e und Art. 13, Art. 2 Nr. 21 Schengener Grenzkodex, [VO \(EU\) 2016/399](#)

Literatur

- A. Zemskova, ESM in the context of the Coronavirus Crisis – a Much Needed Lifejacket or Another Lead Blanket?, 7.4.2020, [European Law Blog](#) (hält differenzierte Konditionalität für Kreditlinien für notleidende Staaten für möglich, sodass Nehmerstaaten sich verzögert an Bedingungen halten könnten).
- C. Glöckle, Export restrictions under scrutiny – the legal dimensions of export restrictions on personal protective equipment, 7.4.2020, [EJIL:Talk!](#) (Exportbeschränkung intra-EU und vis-à-vis Drittstaaten für Schutzausrüstung wohl nicht unionsrechtswidrig; ebenso gibt es Rechtfertigungstatbestände im WTO-Recht; allerdings politische/wirtschaftliche Konsequenzen möglicherweise nachteilig).
- A. Würdemann, The corona crisis and the overall imperative of precaution, 6.4.2020, [European Law Blog](#) (Vorsorgeprinzip (des Unionsrechts) liegt auch finanziellen Maßnahmen zugrunde)
- M. Goldmann, The Case for Corona Bonds, 5.4.2020, [Verfassungsblog](#) (Vorschlag mehrerer Europarechtler:innen, eine Institution durch völkerrechtl. Vertrag zu gründen, die Corona-Bonds ausgibt (Volumen 1000 Mrd. €); kein Verstoß gegen [Art. 125 AEUV](#) – Bail-out-Verbot; nicht über ESM gehen, sondern alle EU-MS einladen; stärkere Rolle des EP; Entscheidungen m. einfacher Mehrheit, um Ausgabe v. Anleihen an rechtsstaatliche Kriterien knüpfen zu können; wahrscheinlich mit Rspr. v. EuGH u. BVerfG)
- M. Ruffert, Are we SURE?, 5.4.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion des [Vorschlags](#) der KOM zur Schaffung eines EU-Instruments zur vorübergehenden Unterstützung von Kurzarbeitsregelungen der MS; Volumen 100 Mrd. €, aber nur 10 Mrd./Jahr; RGL=[Art. 122](#)

[Abs. 2 AEUV](#); Finanzierung durch EU-Anleihen, gestützt auf Art. 122 Abs. 1 AEUV u. nicht auf Art. 352 AEUV; etwas ungesicherter haushaltsrechtlicher Status; wahrscheinlich Votum des BT erforderlich).

- A.K. Mangold, Wie Corona die Krisen der Europäischen Union existenzbedrohend verschärft, 3.4.2020, [Verfassungsblog](#) (Finanzkrise/Austeritätsregime; Migrationskrise u. Situation Geflüchteter, Demokratie/Rechtsstaatlichkeit + autoritäre MS; schwache KOM; EP ausgebremst --> für solidarisches Europa, durch faktisches Initiativrecht des EP; Selbstermächtigung der KOM als EU-Regierung; Bekenntnis zu sozialer Integration und Demokratie/Rechtsstaatlichkeit).
- B. Germann, 29.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Beschränkungen virologischer Wissenschaft durch [Dual-Use-VO](#) unverhältnismäßig, bezieht sich teilweise sogar auf Kommunikation).
- M. Goldmann, Gestundete Zeit. Das Pandemic Emergency Purchase Programme der EZB, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Darlegung der Unionsrechtsmäßigkeit des Programms, auch kein Verstoß gegen Art. 123 AEUV; Differenzierung von Maßnahmen gegen Gesundheitskrise gegenüber Staatsschuldenkrise).
- A. Bobić/M. Dawson, COVID-19 and the European Central Bank: The Legal Foundations of EMU as the Next Victim?, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Zweifel, ob das aktuelle PEPP-Programm der EZB mit EuGH-Rspr vereinbar ist; Vorschlag der Präzisierung des EZB-Mandats, auch durch Interpretation mit anderen EU-Prinzipien).
- A. Heger, Revision der Slot-Verordnung (EWG) 95/93 aufgrund der Corona-Krise?, 27.3.2020, [JuWissBlog](#) (plädiert für Erhalt der Slots, obwohl Fluggesellschaften sie derzeit nicht bedienen können; ggf. durch Änderung des einschlägigen EU-Rechtsakts).
- C. Hruschka, Das Asylrecht als Kollateralschaden der Grenzkontrollen, 26.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Darstellung der (wieder) eingeführten Grenzkontrollen und Auswirkung auf Schutzsuchende und Virusbekämpfung).
- J. Pröbstl, ESM-Kredite statt Corona-Bonds, 26.3.2020, [Verfassungsblog](#) (bestehende ESM-Kreditlinien rechtssicherer als Corona-Bonds; letztere einmalig eingesetzt ggf. noch unionsrechtsgemäß).
- D. Thym, Travel Bans in Europe: A Legal Appraisal, 19.3.2020, [Verfassungsblog](#) (zu mitgliedstaatlichen Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen).
- C. Hruschka, In der Pandemie stirbt die europäische Solidarität, 18.3.2020, [Verfassungsblog](#) (auch zu Grenzkontrollen und Leitlinien der Kommission).
- U. Karpenstein/R. Sangi, Das Virus im Unionsrecht - in der Not kein Gebot, 16.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Ausnahme- und Notstandsbefugnisse insbes. für Mitgliedstaaten im Unionsrecht).
- D. Thym, Wer noch reisen darf, und warum, 16.3.2020, [LTO](#)

RECHTSVERGLEICHUNG UND VÖLKERRECHT

Rechtsvergleichung

- Oxford [COVID-19 Government Response Tracker](#) (Vergleich von Stringency Levels).

- [DIRESON](#) (Sammlung von religionsbezogenen Maßnahmen).
- *Frankreich*
 - A. Gaillet/M. Gerhold, Etat d'urgence sanitaire, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Darstellung des frz. Notstandsrechts und aktuelle Entwicklungen).
 - M. Schulze, Der Bundestag ist noch rechtzeitig aufgewacht, 26.3.2020, [JuWissBlog](#) (neue RGL in Frankreich, Lehren für Deutschland).
 - [Kammerentscheidung](#) (frz.) am Conseil d'État, 22.3.2020, N° 439674 (teilweise erfolgreiche (Leistungs-)Klage gegen Ministerpräsidenten/Gesundheitsminister beim obersten Verwaltungsgericht Frankreichs, bestimmte Corona-Maßnahmen wie eine totale Quarantäne zu ergreifen; beide werden vom Gericht aufgefordert, bestimmte Maßnahmen zu konkretisieren und zu reevaluieren, z.B. die Offenhaltung von offenen Märkten).
- *USA*
 - A. Arulanantham, How Much Liberty Must We Give Up? A Constitutional Analysis of the Coronavirus Lockdown Proposals, 9.4.2020, [IACL-AIDC Blog](#).
 - M. Strobel, Föderale Verwirrung im US-amerikanischen Katastrophenschutz unter dem Stafford Act, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Darstellung des föderalen Notfallsregimes in den USA; Lehren für Europa).
- *Österreich*
 - R. Friedrich, Tu felix Austria quarantäne! Versprengtes zu Corona & Law in Österreich, 8.4.2020, [JuWissBlog](#) (Darstellung d. österreichischen Maßnahme-Regelungen-Kaskaden, v.a. Betretungsverbote, die wie Ausgangsbeschränkungen wirken).
 - P. Sußner, Freiheitsrechte und Gewaltschutzansprüche in Zeiten von Corona, 26.3.2020, [Verfassungsblog](#).
- *UK*
 - Y. Nehusthan, The British Lockdown is Disproportionate, 9.4.2020, [IACL-AIDC Blog](#).
- *Slowakei*
 - M. Steuer, Slovak Constitutionalism and the COVID-19 Pandemic: The Implications of State Panic, 9.4.2020, [IACL-AIDC Blog](#).
- *Ungarn*
 - K.L. Scheppele, Orban's Emergency, 29.3.2020, [Verfassungsblog](#).
 - R. Uitz, Pandemic as Constitutional Moment, 24.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion des vorgeschlagenen Notstandsgesetzes und der Notstandsbestimmungen des ungarischen Grundgesetzes).
- *Kosovo*
 - [VerfG](#) kippt nächtliches, landesweites Ausgehverbot wegen Verstoßes gegen Bewegungsfreiheit
- Olga Hałub-Kowalczyk, Redefining the Right to Privacy in the Age of the COVID-19 Pandemic, 2.4.2020, [IConnect](#) (Durchgang durch Maßnahmen verschiedener Länder, v.a. mit Bezug auf Art. 8 EMRK).
- A. Heldt, Covid-19: ein internationales Feigenblatt (?), 2.4.2020, [JuWissBlog](#) (Prüfung verschiedener menschenrechtlich problematischen Maßnahmen, u.a. in Ungarn, Israel und im Kosovo an der EMRK).

- A. Kouroutakis, Inaction as A State Response to the Coronavirus Outbrak, 26.3.2020, [IACL-AIDC-Blog](#) (Überblick über Herangehensweisen an Notstand und aktuelle Maßnahmen sowie Vorschlag einer neuen Kategorie der Reaktionsunterlassung).
- Symposium auf [Verfassungsblog](#) zu Corona-Maßnahmen in anderen Staaten.
- M. Blasberg u.a., Die Welt unter Hausarrest, 28.3.2020, [spiegel.de](#) (Überblick).

Völkerrecht

- *Dokumente*
 - Europarat, Respecting democracy, rule of law and human rights in the framework of the COVID-19 sanitary crisis. A toolkitt for member states, Information Document, [SG/Inf\(2020\)11](#), 7.4.2020 (Erinnerung an Maßstäbe der EMRK für Notstandssituationen, insbesondere für Einschränkung demokratischer Prozeduren und Grundfreiheiten).
- N. Holcroft-Emmess, Derogating to Deal with Covid 19: State Practice and Thoughts on the Need for Notification, 10.4.2020, [EJIL:Talk!](#).
- M. Langobardo, The Duties of Occupying Powers in Relation to the Fight against Covid-19, 8.4.2020, [EJIL:Talk!](#) (Pflichten des besetzenden Staates gegenüber dem besetzten Territorium aus Normen des Humanitären Völkerrechts, der WHO und der Menschenrechte).
- K. Istrefi, Supervision of Derogations in the Wake of COVID-19: a litmus test for the Secretary General of the Council of Europe, 6.4.2020, [EJIL:Talk!](#) (stärkere Rolle des Generalsekretariats des Europarates bei der Kontrolle der COVID-Derogationserklärungen, aber Ausgestaltung noch unklar)
- P. Tzeng, Taking China to the International Court of Justice over COVID-19, 2.4.2020, [EJIL:Talk!](#) (prozessuale Anknüpfungspunkte für Klagen gegen China im WHO-Recht).
- J. McBride, An Analysis of Covid-19 Responses and ECHR Requirements, 27.3.2020, [ECHR Blog](#) (Prüfung denkbarer Maßnahmen anhand der Maßstäbe von EMRK-Rechten; Diskussion von Derogationserklärungen gem. Art. 15 EMRK).
- M. Svcevic, COVID-19 as a Threat to International Peace and Security: What place for the UN Security Council?, 27.3.2020, [EJIL:Talk!](#) (Diskussion, ob UN-Sicherheitsrat angesichts des Präzedenzfall von Ebola erneut eine Gefährdung des Weltfriedens feststellen wird).
- C. Kreuder-Sonnen, The WHO After Corona: Discretionary Powers for the Next Pandemic?, 27.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Mandat der WHO; unzureichende Reaktion in der Corona-Krise; Ausweitung der Kompetenzen aus konstitutionalistischer Perspektive problematisch).
- O. Hailes, Epidemic Sovereignty? Contesting investment treaty claims arising from coronavirus measures, 27.3.2020, [EJIL:Talk!](#) (Diskussion von Rechtfertigungen von öffentlichen Coronavirus-Maßnahmen im Investitionsschutzrecht).
- A. v. Bogdandy/P. Villarreal, International Law on Pandemic Response: A First Stocktaking in Light of the Coronavirus Crisis, 26.3.2020, Max Planck Institute for Comparative Public Law & International Law (MPIL) Research Paper No. 2020-07, [SSRN](#).
- D. Desierto, Calibrating Human Rights and Necessity in a Global Public Health Emergency: Revive the UN OHCHR's ICESCR Compliance Criteria, 26.3.2020, [EJIL:Talk!](#) (Diskussion menschenrechtlicher Grenzen von Notstandsmaßnahmen)

- E. Benvenisti, The Coronavirus Tests the Limits of International Law, [Lauterpacht Centre News, Issue 30](#), Spring/Summer 2020, S. 3-5 (fordert stärkere Beachtung der WHO-Empfehlungen).
- A. Yildiz, Human Rights in a State of Emergency, 26.3.2020, [IACL-AIDC Blog](#).
- A. Coco/T. d Souza Dias, Due Diligence and COVID-19: States' Duties to Prevent and Halt the Coronavirus Outbreak, EJIL:Talk!, [Part I](#), 24.3.2020; [Part II](#), 25.3.2020, [Part III](#), 25.3.2020.
- F. Paddeu/F. Jephcott, COVID-19 and Defences in the Law of State Responsibility, [Part I](#), [Part II](#), 17.3.2020, EJIL:Talk!.
- Symposium auf [opiniojuris](#)

REZENTE LITERATUR ZU NOTSTAND UND AUSNAHMEZUSTAND

- A.-B. Kaiser, Ausnahmezustand, Ad Legendum 2017, 200-207 (Normen- und Begriffsgeschichte; Ausnahmeverfassungsrecht im GG; Terrorismus; vgl. Blick auf Frankreich).
- J. Kersten, Ausnahmezustand, JuS 2016, 193-203 ([Beck-Online](#))
- T. Barczak, Der Notstand im Recht der Gefahrenabwehr, Die Verwaltung 49 (2015), 157-203
- M. Ladiges, Verfassungsrechtliche Grundlagen für den Einsatz der Streitkräfte, JuS 2015, 598-603 ([Beck-Online](#))
- J. Finke, Funktion und Wirkung der Ausnahme im Recht, AöR 140 (2015), 514-541 (Luftsicherheitsgesetz)
- E. Klein, Innerer Staatsnotstand, in: Handbuch des Staatsrechts, 3. Aufl. 2014, § 280 (juris).
- F. Meinel, Diktatur der Besiegten?, Der Staat 52 (2013), 455-472 (C. Schmitt und die Notstandsverfassung des GG)
- S. Schmahl/F. Jung, Einsätze der Streitkräfte im In- und Ausland, Ad Legendum 2012, 134-139.
- P. Reimer/S. Kempny, Einführung in das Notstandsrecht, Verwaltungsrundschau 2011, 253-259.
- A. Walus, Pandemie und Katastrophennotstand: Zuständigkeitsverteilung und Kompetenzmängel des Bundes, DÖV 2010, 127-133
- A. Walus, Katastrophennotstand in Berlin: Strukturen und Kompetenzkonflikte, LKV 2010, 152-159 ([Beck-Online](#), recht Berlin-spezifisch)
- W. Leisner, Wirtschaftliche Notverfassung für Krisenzeiten?, DVBl. 2009, 1409-1415.

ETHIK/SOZIALPHILOSOPHIE

- Vorträge zu u.a. infizierter Gesellschaft u. sozialer Ungleichheit, [Soziologische Perspektiven auf die Corona-Krise](#).
- G. Agamben, Wir sollten uns weniger sorgen und mehr denken, 7.4.2020, [NZZ](#) (trotz Vereinzelung handelt es sich um eine passive Masse; socially distanced Gesellschaft nicht überlebensfähig).
- T. Hörnle, Dilemmata bei der Zuteilung von Beatmungsgeräten, 4.4.2020, [Verfassungsblog](#) (Pflichtenkollision im Strafrecht; klinische Erfolgsaussicht naheliegendes Kriterium; zusätzliche Knappheitskriterien an Menschenwürde geprüft;

fragwürdige Unterscheidung von Tun und Unterlassen – d.h. zwischen Nichtbehandlung und Behandlungsabbruch zugunsten einer anderen Person)

- J. Krüper, Nix wissen macht nix: unsere fiebrige Lust am Pandemic Turn, 2.4.2020, [Verfassungsblog](#) (Kritik an der Selbstberauschung der Wissenschaft vom öffentlichen Recht an Stellungnahmen zu Ausnahmezustand, wenn das Wissen fehlt).
- L. Kokott, Pandemie und Körper, 31.3.2020, [Verfassungsblog](#).
- J. Finke, Krisen als Normalität, 30.3.2020, [Verfassungsblog](#) (gegen den Gegensatz von Ausnahme- und Normalzustand).
- S. Schönberger, Die Stunder der Politik, 29.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion über Ausnahmezustand weniger sinnvoll als politische Diskussion im Parlament, angesichts fehlenden gesellschaftlichen Rahmens derzeit).
- J. Feddersen/E. Kresta, "Wir sind in einem Versuchslabor". Interview mit Hartmut Rosa, [taz.de](#) (kollektiver Resonanzmoment; Ambivalenzen der Entschleunigung); s. auch Interview mit [Deutschlandfunk](#) (D. Kassel am 1.4.2020).
- G. Zerkert, Politik in Zeiten von Corona, 25.3.2020, [Theorieblog](#) (Bedeutungssteigerung bzw. gestiegenes Bewusstsein für Bedeutung des Staates).
- A.-L. Hollo, Medienfreiheit – Ein Grundrecht mit ethischer Verantwortung? Ein Appell an die Medienlandschaft, 24.3.2020, [JuWissBlog](#) (Appell an die Medien, medienethisch zu handeln).
- Interview mit Herfried Münkler, [Spiegel.de](#) (Blick zurück und nach vorn; Gefahr für Demokratie?).
- S. Huster, Grenzen der Solidarität, 22.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Kritik an der Ausweitung der Maßnahmen über den Ansatz an Risikogruppen).
- U. Volkmann, Der Ausnahmezustand, 20.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Verhältnis Ausnahmezustand Normallage; Dauer der Ausnahmesituation).
- S. Schindler, Kontaktverzicht als Risiko und Chance, 20.3.2020, [Theorieblog](#) (reiche Einsamkeit à la Arendt).
- A. Philippopoulos-Mihalopoulos, Covid: The Ethical Disease, [Critical Legal Thinking](#) (Diskussion des Konzepts des Rückzugs).
- W. Lübbe, Corona Triage, 15.3.2020, [Verfassungsblog](#) (Diskussion eines ital. Papiers zur Sortierung von Patienten).
- B. de Sousa Santos, Virus: All That is Solid Melts into Air, 19.3.2020, [Critical Legal Thinking](#) (ein philosophischer Rundumschlag).